

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 42.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 19. Oktober 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Veen, Arefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

## Der VIII. Kongreß der christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Dresden, 10. Oktober 1912.

Ein hohes Ziel und edle, stolze Tat  
Sint heute hier aus allen deutschen Gauen  
Bewährte Männer und entschlossene Frauen  
Zu ernster Pflicht, zu segensreichem Tat.  
Dem ganzen Volk gilt unser Tun und Walten,  
Vielfältig Frucht lohn' uns're schwere Saat:  
Daß alle Kräfte jubelnd sich entfalten,  
Laßt uns der Arbeit Werte neu gestalten!

Sie führt der Menschheit stolzen Stegeszug  
Vom Anbeginn der Welt durch alle Zeiten.  
Der Arbeit wird der Sieg! In Himmelsweiten  
Leit sie des Geistes kühnen Adlerflug.  
Sie fügt des Hauses steingehau'ne Wände,  
Zerteilt die Meere mit der Schiffe Bug,  
Ihr dient Natur, und nimmermüde, ohn' Ende  
Nährt tausend Sinne sie und tausend Hände.

Doch schenkt umsonst sie nie das Siegeskreuz,  
Weist uns geduldig schwere Lasten tragen,  
Mit Geldenkraft das Letzte müht sie wagen  
Um ihrer Willen, nicht um gold'nen Preis!  
Denn finster trübsicht in ihrem Joch das Streben,  
Das nichts vom Segen treuer Arbeit weiß.  
Wer nur um blanten Lohn sich ihr ergeben,  
Dem blüht sie Fluch, den knechtet sie im Leben.

Den aber adelt sie, der hochgemut  
In ihrem Dienst verharrt; aus tausend Quellen  
Spürt jubelnd er im Kampf die Kräfte schwellen  
Zu lebensstarker, arbeitsfroher Flut.  
Ob er durchforscht des Weltalls Himmelsweiten,  
Ob er am Amboss zwingt des Eisens Glut,  
Stolz ist er sich bemüht, sein mach'res Streben  
Greift sieghaft ein ins Räderwerk der Zeiten.

Freut euch der Arbeit! Mutig Hand in Hand  
In frohem Sinn mit ihr durchs Leben kreifen,  
In Glück und Not nach ihrer Hilfe greifen,  
Ob jung, ob alt, gleichwohl in welchem Stand.  
Mit ganzer Seele gebt euch ihr zu eigen  
Und weicht ihr willig Körper und Bestand,  
So wird ihr herber Sinn sich zu euch neigen  
Und euch der Menschheit höchste Freude zeigen!

Die wir zu gleicher Arbeit uns gefellt,  
Laßt uns das ernste Amt mit Liebe tragen!  
Ganz Deutschland blickt auf uns in diesen Tagen,  
Doch hat die Not die Ziele uns gestellt.  
Das Wort von Schaffenslust und frohem Ringen,  
Tragt es hinaus in die bedrückte Welt,  
Laßt mahnend es durch deutsche Herzen klingen:  
Freut euch der Arbeit! Freut euch am Vollbringen.  
Böhmg.

Seit dem Kölner Kongreß der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909 sind drei Jahre ins Land gegangen. Es waren für unsere Bewegung keine Jahre der Ruhe. Es waren Zeiten des heftigsten Kampfes. Der Kampf um die Reichsfinanzreform schlug seine Wogen bereits in die Verhandlungsräume des Kölner Kongresses hinein. Und nachher setzte die ganze Hezarbeit der Sozialdemokraten mit aller Intensivität und verbissener Wut auf der ganzen Linie ein, dabei Hilfe und Waffenfreundschaft aus bürgerlichen Kreisen findend. Unser Verband, bezw. unser Zentralvorstand, ist dieser maßlosen Heze ja ganz besonders ausgefetzt gewesen. Es kam später der Kampf um die Reichsversicherungsordnung. Es kam der Bergarbeiterstreik. Und durch all die Jahre zog sich unermüdet der giftige Kampf der „Berliner“ gegen uns, der schließlich in den bekannten Rundgebungen seinen Höhepunkt fand.

Aber gerade dieses immerwährenden Kampfes wegen waren die vergangenen letzten drei Jahre für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung Jahre außerordentlich schöner Erfolge. Rein zahlenmäßig kommt dieser Erfolg in einem Ansteigen der Mitgliederziffern um rund 50 000 zum Ausdruck. Aber viel höher schlagen wir an die unwägbaren Werte, die uns durch diese Kämpfe zugeführt worden sind: die innere Geschlossenheit, das befestigte Vertrauen zwischen Mitgliedern und Führern, der Mitglieder untereinander, ihre zunehmende Schulung und Bildung in den Gewerkschaftsgrundsätzen, ihre

steigende Opferbereitschaft; wir schlagen ferner höher als den zahlenmäßigen Aufstieg an das Vertrauen, das Ansehen und den Einfluß, den wir in weiten bürgerlichen Kreisen, bis an die höchsten Regierungstellen hinan gerade in den letzten Jahren gewonnen haben. Für unsere Bewegung als Minderheitsorganisation, als eine Bewegung, die keine Klassenscheidung will, sondern nur die Gleichberechtigung des Arbeiters, die Einordnung ihres Standes in die bestehende Gesellschaftsordnung, ist gerade auf diese Seite unserer Erfolge ein nicht geringes Gewicht zu legen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands ist gewachsen. Ihr VIII. Kongreß hat das in einer geradezu glänzenden Weise bewiesen. Im „roten“ Sachsen ein so glanzvoller Kongreß — wer hätte das vor zehn Jahren für möglich gehalten?

Der eigentliche Kongreß wurde mit einer

### prächtigen Begrüßungsfeier

am Sonntag, 6. Oktober, eingeleitet. Die Stadt Dresden hatte für diese Feier, wie auch für die ganzen Kongreßverhandlungen, die Räume des Konzerthauses im Zoologischen Garten zur Verfügung gestellt. Der Saal war in den deutschen und sächsischen Farben festlich geschmückt; auf dem Podium hatten inmitten grüner Blattpflanzen die Büsten Kaiser Wilhelms II. und des Königs Friedrich August Platz gefunden. In großer Zahl hatten sich die Mitglieder und Freunde des Verbandes mit ihren Damen eingefunden. Saal und Tribünen waren bis auf den letzten Platz besetzt. Welch großes Interesse gerade in diesem Jahre die Verhandlungen des Kongresses fanden, beweist die Tatsache, daß außer den Führern der christlichen Gewerkschaftsbewegung heute schon Vertreter staatlicher und städtischer Behörden, sowie ausländische Gäste erschienen waren.

Namens der sächsischen christlichen Gewerkschaften hieß Gewerkschaftssekretär Kollege Vogt die Erschienenen willkommen. Er sprach die Erwartung aus, daß der diesjährige Kongreß auch im „roten“ Königreiche eine machtvolle Demonstration für den christlichen Gewerkschaftsgedanken werden möchte.

Der zweite Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Abgeordneter Kollege Behrens, hielt die Festrede. Er führte ungefähr folgendes aus:

„Der heutige Abend zeigt, daß die christliche Gewerkschaftsidee in Sachsen Heimatsrecht gewonnen hat; es ist vorwärts gegangen auch auf dem harten Boden im Königreich Sachsen. (Beifall.) Nach Sachsen, nach dem schönen Elbflorenz, ist unser VIII. Kongreß gekommen. Wenig mehr als ein Jahrzehnt ist's her, seit der Bergmann August Brust mit seinen Freunden und Kameraden dort draußen im Ruhrrevier, wo das Herz der deutschen Industrie schlägt, gegenüber den Scharen der Hoffnungslosen, die an Christentum und Vaterland verzweifeln, den positiven Willen zur aufbauenden Tat bekundete. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung, über die man damals glaubte hohnlächelnd zur Tagesordnung übergehen zu dürfen, ist inzwischen nicht nur eine starke Organisation der Arbeiter geworden — sie ist der getreue Eckart der deutschen Arbeiter geworden. (Beifall.) Sie ist nicht nur ziffernmäßig erstarkt — sie ist auch gewachsen an innerer Festigkeit; ihre Klassen und sonstigen Einrichtungen sind heute denen jeder anderen Gewerkschaftsbewegung nicht bloß ebenbürtig, sondern teilweise auch überlegen. (Beifall.)

Auch sonst sind wir innerlich gewachsen, indem wir unsere Grundsätze ausgebaut haben und gelernt haben, uns immer besser zu verstehen. Unser Vaterland ist nun einmal, Gott hat's so gewollt, konfessionell gespalten. Aber wenn sonst manchmal beide Konfessionen sich nicht verstehen und sich streiten — wir evangelischen und katholischen Arbeiter, wir verstehen uns, wir arbeiten gemeinschaftlich am Aufstieg unseres Standes (Beifall), und wir können nur wünschen, daß dieses Sichverstehen und Hand-in-Hand-

arbeiten uns von anderen Ständen nachgemacht werden möchte. (Beifall.) Nicht überleistet und überbittet haben wir, was uns in religiöser Beziehung trennt, wir wissen, was jeder an seinem Glauben hat, aber wir achten uns gegenseitig und arbeiten an der Aufwärtsbewegung des vierten Standes. Damit haben wir eine große Mission auf uns genommen; wir lehren die Mitglieder des vierten Standes, daß sie nicht zu verzagen und zu verzweifeln brauchen, sondern daß sie Anteil haben können und sollen an den Kulturgütern und an dem Aufstieg unserer Volksgemeinschaft. (Beifall.) Nicht abspalten und abschachten lassen wir uns vom übrigen Volk, sondern wir stellen uns hinein als ein gleichwertiges Glied in unser Volksganzes. So stellen wir einen festen Fels dar gegenüber der roten Flut, die die Fundamente unseres Volkslebens zu unterspülen droht.

Wenn wir auch manchmal mit den Arbeitgebern die Klinge kreuzen müssen — wir tun's nur, wenn die Not unserer Arbeitskollegen uns dazu zwingt, und wir entsagen auch, wenn die Nöte anderer Stände das von uns fordern. Wir denken und wir handeln als christliche Gewerkschaftler völkisch und national. Das ist für den Gewerkschaftler viel schwerer als für Angehörige anderer Stände; täglich und stündlich muß er Opfer dafür bringen. Wenn alle anderen Stände in gleichem Maße ihre Pflicht täten, wenn sie uns das nachmachten — wahrlich, es würde ein Leichtes sein, all den Mißmut und den Pessimismus zu beseitigen, der sich nur zu oft breit macht. (Lebhafter Beifall.) Die Schulung und die Erziehung, die dazu gehört — wir leisten sie, und wir lehnen es ab, um vielleicht ein paar Mitglieder zu gewinnen, irgend einen unserer Grundsätze preiszugeben. (Beifall.) Die Vorwürfe, die unsere Gegner uns machen, treffen uns nicht. Jeder unserer Gegner sagt uns immer das nach, was er gerne an uns sehen möchte. Aber den Gefallen tun wir ihnen nicht. Wir sind weder katholische noch evangelische, sondern christlich-nationale Gewerkschaften, wir sind politisch völlig neutral — nur der Sozialdemokratie geben wir eine glatte Absage, ihr keinen Mann und keinen Groschen. (Lebhafter Beifall.) Die christlichen Gewerkschaften sind ein Faktor unseres wirtschaftlichen und nationalen Lebens geworden, an dem die verantwortlichen Stellen nicht achtlos vorübergehen können; sie werden weiter kämpfen und sie werden siegen. (Stürmischer Beifall.)

Der Leiter des Begrüßungsabends, unser Zentralvorsitzender Kollege Schiffer, dankte schließlich allen Mitwirkenden, der Militärkapelle, dem Gesangsverein, den Rednern und schließlich auch allen Gästen.

Der Abend verlief in der schönsten Weise und war eine gute Einleitung zu den Kongreßverhandlungen, die am folgenden Tage ihren Anfang nahmen.

### Die Eröffnung und Konstituierung des Kongresses

erfolgte am Montag, 7. Okt., mit einer kernigen Begrüßungsrede des Vorsitzenden des Ausschusses des Gesamtverbandes, unseres Kollegen Schiffer. Er führte ungefähr folgendes aus:

„Im Namen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften eröffne ich hiermit den VIII. Kongreß. Unsere letzte Tagung vor drei Jahren in der Metropole des Rheinlandes, in Köln, fand im Zeichen eines kleinen Jubiläums. Bestanden doch die christlichen Gewerkschaften offiziell zehn Jahre. Sie standen aber auch im Zeichen heftiger Angriffe von Seiten unserer sozialdemokratischen Gegner. Ja sogar die Reichsfinanzreform wurde politisch in die Arbeiterbewegung hinübergezogen, dazu kam der von Anfang an verpöschte Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet, von dem wir froh sein können, ihn nicht mitgemacht zu haben. (Sehr richtig.) Wir wurden beschuldigt, ins Lager der Selben geschwenkt zu sein. Diese Behauptung ist so lächerlich und ungerecht wie nur möglich. (Beifall und Zustimmung.) Wir haben unsere grundsätzliche Stellung auch zum Streik in keiner Weise geändert. Der wirtschaftliche Kampf bleibt das letzte Mittel, zu dem die christlichen Gewerkschaften gegebenenfalls greifen. Wir werden auch in Zukunft hin und wieder zeigen müssen, daß unser Schwert nicht von

Pappe ist. Wir wünschen gewiß an sich die Vermeidung solcher Kämpfe. Die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens erstreben wir, aber nicht den Kirchhofsfrieden, sondern den, bei dem der Arbeiter auch zu seinen Rechten kommt. (Beifall.) Wir sind aber auch gerecht genug, die Stellung der Arbeitgeber zu würdigen. Wir haben den Mut, unseren Leuten zu sagen, daß sie nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben.

Der Gewerkschaftsstreit des letzten Sommers hat auch nicht dazu beigetragen, unsere Bewegung zu fördern. Wir sind nicht zurückgeworfen worden, aber dieser Streit zählt doch zu den Schwierigkeiten, die wir lebhaft bedauern müssen. Jedenfalls hat dieser Streit dem Christentum und dem Vaterlande nichts genützt, zum Nutzen ist er nur den Feinden von Thron und Altar gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Gewerkschaftsbewegung ist kein Kartentanz, das dadurch umgeworfen werden kann, daß unsere Gegner über uns herfallen. Alle diese Vorgänge und Gemisnisse haben aber das Gute gezeitigt, daß sie die innere Geselligkeit und das Vertrauen zwischen den katholischen und evangelischen Mitgliedern und ihren Führern gestärkt haben. In den letzten drei Jahren haben wir immerhin einen Zuwachs von 90 000 Mitgliedern gehabt. Wir können mit Bestimmtheit sagen, die Zeit ist nicht mehr fern, wo die christlichen Gewerkschaften eine halbe Million Mitglieder zählen werden."

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf König und Kaiser schließt der Redner und teilt noch mit, daß der Reichskanzler ein eigenhändiges Schreiben

gesandt habe folgenden Wortlautes:

„Dem Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands danke ich verbindlich für die Einladung zum VIII. Kongreß der christlichen Gewerkschaften. Wegen anderweitiger dienstlicher Obliegenheiten wird es mir nicht möglich sein, selbst der Einladung zu folgen, ich habe aber den zuständigen Herrn Staatssekretär des Innern ersucht, einen Vertreter zu der Tagung zu entsenden, der die Versammlung in meinem Namen begrüßen wird.“

**Die Begrüßungen.**

Im Auftrage des Reichskanzlers und des Reichsamts des Innern begrüßte die Tagung darauf Herr Geheimrat Siffart. Die Entsendung eines Vertreters möge ein Beweis dafür sein, welche lebhaftes Interesse die Reichsverwaltung an den Verhandlungen nehme. Sie lege besonderen Wert darauf, mit der Arbeiterschaft dauernd Fühlung zu nehmen, um sich hierdurch unmittelbar über ihre Bedürfnisse und Bestrebungen zu informieren. Wenn die christlichen Gewerkschaften sich zur Aufgabe gemacht hätten, die Arbeiterschaft auf gewerkschaftlichem Gebiete zu fördern, so seien sie sich selbst in wirtschaftlichen Kämpfen bewußt, daß sie auf dem Boden der christlichen Religion, der Staats- und Gesellschaftsordnung ständen. Sie trügen dazu bei, das schwierige Problem unseres Wirtschaftslebens einer glücklichen Lösung entgegenzuführen. Daß in dieser Arbeiterschaft die beiden christlichen Konfessionen Hand in Hand gingen, könne ihren Bestrebungen nur förderlich sein und übe einen versöhnenden Einfluß innerhalb der Arbeiterschaft aus. Mögen auch die bevorstehenden Verhandlungen von dem Geiste der Gesehmäßigkeit und der Versöhnung, der Vaterlandsliebe und des Christentums getragen sein.

Im Namen des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern versicherte Herr Geh. Regierungsrat Schlippe, daß dieses an dem Kongreß regsten Anteil nehme und ihm reichen Erfolg wünsche. Die in dem Kongreß vertretenen Gewerkschaften hätten sich zur Richtschnur ihres Handelns gemacht: Treue zu Kaiser und Reich, zu König und Vaterland, brüderliche Gesinnung und Hilfsbereitschaft ohne Verschiedenheit der Konfessionen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete unter Wahrung des Gemeinwohls, unter Aufrechterhaltung des Koalitionsrechts, aber unter Ausschluß des Terrorismus und Klassenhasses. Immer weiter hätten sich diese Grundzüge Geltung verschafft, und wenn im Jahre 1899 die christlichen Gewerkschaften sich nur auf 60 000 Mitglieder geüßt hätten, so ständen heute schon 360 000 Mitglieder hinter ihnen. Dies deute darauf hin, daß die Entwicklung eine dauernd fortschreitende sein werde. Daß der weiteren Entwicklung auch Erfolg und Segen in gleichem Maße zuteil werde, sei der lebhafteste Wunsch der Königlich-Sächsische Regierung.

In Vertretung des Rates zu Dresden hieß Herr Stadtrat Dr. Tempel die Tagung herzlich willkommen. Es sei selbstverständlich, daß das Problem der Gewerkschaftsbewegung das lebhafteste Interesse der Stadtgemeinde Dresdens beanspruche, denn die Entwicklung der deutschen Großstädte hätte es dahin gebracht, daß sie durch Übernahme von Arbeiten in eigene Regie zu den größten Arbeitgeber Deutschlands gehörte. Die Stadtgemeinde Dresden sei bestrebt gewesen, bei Behandlung der Arbeiterfrage das Interesse des Arbeiters nach Kräften zu berücksichtigen und sie wisse, daß sie bei allen diesen Bestrebungen in den christlichen Gewerkschaften einen treuen Gehilfen finde.

Herr Graf D. Otto v. Sittum führte aus, daß der Landesverein für innere Mission der evangelisch-lutherischen Kirche die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften von Haus aus mit Freuden begrüßt hätte, und wenn auch seine Arbeiten zum Teil auf anderen Gebieten lägen, so habe er doch durch seine Anstalten, die er errichtet habe und unterhalte, vielen Arbeitern Sorgen abgenommen. Er könne sagen, daß die evangelisch-lutherische Kirche, der Verein für innere Mission

und die christlichen Gewerkschaften stets freudig Hand in Hand gingen.

Hierauf ergreift, mit stürmischem Beifall begrüßt, der hochw. Bischof Dr. Schaefer das Wort:

„Es ist für den Bischof eine besondere Freude, die Generalversammlung der christlichen Gewerkschaften begrüßen zu dürfen, und es sei ihm verziehen, daß er einen persönlichen Gruß für diese Freude an die Spitze stellt. Er hat den Vorzug gehabt, als er noch im akademischen Lehramt in Münster stand, bei den ersten Besprechungen über die Gründung der christlichen Gewerkschaften zugegen sein zu können. (Lebhafte Beifall.) Es wurden damals — es war im Jahre 1892 — gelegentlich des ersten christlich-sozialen Kurses in M.-Gladbach die Grundgedanken festgelegt. Sie sollten gegenüber denjenigen, die da glaubten, ohne den Umsturz nicht fertig werden zu können, zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen ein Machtfaktor werden, und man sagte sich: das wird nur möglich sein dadurch, daß alle, die an dieser Aufgabe mitarbeiten wollen, sich die Hand reichen, ohne deswegen irgend etwas preiszugeben von ihrer religiösen Überzeugung, oder irgend wie sich einem sogenannten verwässerten Christentum zu verschreiben. So haben sich nun die christlichen Gewerkschaften herausgebildet in einer Weise, daß ich sie — und damit komme ich zum sachlichen Grunde — auf das herzlichste auch meinerseits willkommen heißen kann. (Lebhafte Beifall.) Denn es hat sich herausgestellt, daß ein einheitliches Zusammenwirken sehr wohl möglich ist, wenn man nur ohne gegenseitigen Argwohn mit wahrer Liebe, also der Tugend, ohne die es eine Harmonie in der Gesellschaft nun einmal nicht geben kann, zusammenarbeitet. (Lebhafte Beifall.) Und so heiße ich Sie denn alle, insbesondere meine lieben katholischen Brüder, auf das herzlichste willkommen und wünsche Ihnen für ihre weiteren Beratungen Gottes reichsten Segen.“ (Stürmischer Beifall.)

Als Vertreter des Evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums versicherte Herr Geh. Konsistorialrat Frhr. v. Weid dem Kongresse dessen Sympathien. Möchte es den christlichen Gewerkschaften immer vergönnt sein, Männer an ihrer Spitze zu sehen, die den Beweis erbringen, daß ein entschiedenes Eintreten für den Arbeiterstand wohl möglich sei, ohne ihm die Freude zu verderben an dem, was er mit dem ganzen Volke gemeinsam habe, der Treue gegen Vaterland und Christentum. Herr Reichstagsabgeordneter Graf Carmer sprach für die deutsch-konservative Partei. Wer das Programm seiner politischen Freunde kenne und wer verfolgt habe, wie seine Partei im parlamentarischen Leben gehandelt habe, der wisse, daß diese den Interessen des vierten Standes lebhafteste Aufmerksamkeit schenke. Die deutsch-konservative Partei habe mit Freude an der sozialen Gesetzgebung gearbeitet und sei auch bereit, an der weiteren Hervollkommung dieser Gesetze mitzuwirken. Der Erfolg der christlichen Gewerkschaftsbewegung liege darin, daß sie beide christliche Konfessionen einigte. Wohl wende sie die gegebenen Kampfmittel an, aber sie tue es in loyaler Weise, und damit unterscheide sie sich von den sozialdemokratischen Gewerkschaften, die das Koalitionsrecht mißbrauchten und es zu einem Koalitionszwang machten. Im Auftrage der nationalliberalen Landtagsfraktion begrüßte die Tagung Herr Landtagsabgeordneter Landgerichtsdirektor Hettner. Auch die nationalliberale Partei verfolge die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften mit großem Interesse. Gingen sie ja ein großes Stück Weges zusammen, vor allen Dingen sei auf sozialpolitischem Gebiete der Weg gemeinsam. Besonders in Sachen sei es eine Freude, eine Bewegung zu sehen, die mithilfe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie.

Im Namen der Wirtschaftlichen Vereinigung begrüßte Herr Reichstagsabgeordneter Mann den Kongreß, rühmte die christlich-nationale Grundlage dieser Gewerkschaftsbewegung und schloß mit dem Wunsche: „Vorwärts für Gott, für Kaiser und Reich“. Sprecher der Zentrumsfraktion war Kollege Reichstagsabgeordneter Bedar-Bransberg. Das Programm der christlichen Gewerkschaften werde begrüßt von der überwiegenden Majorität seiner politischen Freunde, und man erkenne die Notwendigkeit des Zusammenschlusses auf christlich-nationaler Grundlage an. Als Vertreter des Landesvereins der Deutschen Reformpartei sprach Herr Kaufmann Ziller-Dresden. Die Größe des Bundes der Landwirte überbrachte Herr Jenke-Freiberg. Möchte es noch mehr als bisher möglich sein, ein großes Stück Weges gemeinsam zu gehen zum Wohle des Vaterlandes. Weitere Begrüßungen erfolgten noch vom Präsidium des Königlich-Sächsischen Militärvereinsbundes durch Herrn Hauptmann Gulhsch, vom Volksverein für das katholische Deutschland durch Herrn Direktor Dr. Brauns-M.-Gladbach, der Freien kirchlich-sozialen Konferenz Deutschlands durch Herrn Pfarrer Jeremias, dem Vorsitzenden der christlichen Gewerkschaften Österreichs Spalowsky, dem deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband und einer großen Reihe von evangelischen und katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen.

Nach diesen Begrüßungen erfolgte die Zusammenfassung des Kongresses. Als Vorsitzende wurden einstimmig gewählt unser Zentralvorsitzender, Kollege Schiffer und ferner Kollege Behrens vom Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter.

Ferner war in dem Bureau des Kongresses unser Verband vertreten durch den Kollegen Heutmann als Mitglied der Redaktionskommission.

**Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.**

Die eigentlichen Kongreßverhandlungen wurden eingeleitet mit dem Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes, der vom Kollegen Stegerwald erstattet wurde.

Die Periode zwischen dem Kölner Kongreß der christlichen Gewerkschaften 1909 und der heutigen Tagung ist für die deutsche Arbeiterbewegung außerordentlich inhaltsreich. An Stelle der ... ligen wirtschaftlichen Niedergangperiode ist inzwischen wieder normaler Geschäftsgang getreten. Die christlichen Gewerkschaften haben in der Berichtszeit ihren Mitgliederbestand um etwa 90 000 vermehrt und noch eine bedeutendere innere Kräftigung erfahren.

In den anormalen Teuerungperioden der letzten Jahre sind die Gewerkschaftsmitglieder vielfach an ihre Verbände herangetreten mit der Forderung: verschafft uns höhere Einnahmen. Das ging indes nicht so einfach, weil sich die Teuerung auf alle Arbeiter erstreckte. Das Problem der Lebensmittelversorgung der deutschen industriellen Bevölkerung ist ein außerordentlich ernstes. Es kann nicht mit Schlagworten und parteipolitischen Verheißungen gelöst werden, worin ein Teil der Landwirtschaftsvertreter und Sozialdemokratie gleichmäßig sündigen. Zur Lösung sind vielmehr sehr ernste Untersuchungen durch sachverständige Kreise notwendig.

Auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung ist die Berichtsperiode ergebnisreicher gewesen als die früheren Jahre. Bei der Reichsversicherungsordnung hat die Sozialdemokratie Forderungen gestellt, die nicht verwirklicht werden konnten. Darnach wären allein jährlich drei Milliarden Mark notwendig gewesen für Zwecke der Arbeiterversicherung, wozu in kurzer Zeit noch jährlich eine Milliarde gekommen wäre für Zwecke der Privatangestelltenversicherung, Pensionen der Beamten, der Militärs u. Daß die deutsche Volkswirtschaft keine vier Milliarden Mark jährliche Belastung für Versicherungs- und Pensionszwecke ertragen kann, sei für jene, denen die Entwicklungen der deutschen Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft bekannt sei, eine Selbstverständlichkeit. Die schönsten Versicherungsgesetze helfen schließlich dem Arbeiter nichts, wenn die Vorbedingungen für ausreichende und einigermaßen lohnende Arbeitsgelegenheit fehlen. Wenn die christlichen Arbeiterabgeordneten einer Abänderung des Verwaltungswesens in den Krankenkassen zugestimmt hätten, so habe sich dies die Sozialdemokratie letzten Endes selbst zuzuschreiben. Durch ihre Terrorwirtschaft in der Tarifbewegung, auf dem Gebiete des Arbeitsnachweiswesens u. hätte die Sozialdemokratie in der christlichen Arbeiterschaft eine außerordentlich erbitterte Stimmung ausgelöst. So Sozialdemokraten die Macht hätten, gehe ihnen jede Mäßigung, jedwede staatsmännische Klugheit ab.

Das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu den Hirsch-Dunckerschen habe sich in den letzten Jahren gebessert, jenes zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften bedeutend verschärft. Die Sozialdemokratie sagte von den christlichen Gewerkschaften, sie hätten eine Schwentung nach rechts gemacht und schreiben dieses Merkmal Einflüssen zu. In Wirklichkeit habe die Sozialdemokratie die Vorgänge um christlichen Gewerkschaftslager selbst verschuldet. Durch ihren unausgesetzten Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften seien diese vielmehr wie früher gezwungen worden, in den letzten Jahren sich mit allgemein staatsbürgerlichen Fragen zu beschäftigen und den volks- und volkswirtschaftlichen Zusammenhängen intensiver nachzugehen. Dabei habe sich dann immer klarer die Tatsache herausgestellt, daß, weil die Sozialdemokratie eine ganz andere Staats- und Wirtschaftsordnung erstrebt, die christliche Arbeiterbewegung dagegen sich resolut auf den Boden der gegenwärtigen Verhältnisse stelle, diese auch den Gesamtzusammenhang der Dinge in einer anderen Perspektive betrachten und die Arbeiterklasse mit ihren Forderungen in die staatliche und volkswirtschaftliche Gesamtkonstellation hineinsetzen müsse. Ferner haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften in den letzten Jahren eine offensichtliche Schwentung nach links gemacht und sich immer mehr mit der sozialistisch-revolutionären Theorie, die sie ehemals bekämpft haben, abgefunden. Nach diesen Vorgängen mußte sich ganz naturgemäß die Kluft zwischen christlicher und sozialdemokratischer Arbeiterbewegung bedeutend verbreitern und vertiefen. Mit Merkmalen Einflüssen haben die Vorgänge im christlichen Gewerkschaftslager nichts zu tun.

Auch in sonstiger Hinsicht sei die Berichtsperiode reich gewesen an bedeutameren gewerkschaftlichen Begebenheiten. Es brauchte nur hingewiesen zu werden auf die sozialdemokratischen Monopolbestrebungen in der Tarifbewegung und auf dem Gebiete des Arbeitsnachweiswesens, den Vorstoß der Unternehmer in der Arbeitsnachweisfrage, die systematische Züchtung der Selben durch die Großindustriellen, die Bestrebungen zur Gewinnung der Arbeiterjugend für die Gewerkschaften, das Vordringen unserer Bewegung unter den staatlichen Verkehrsarbeitern, die Bildung eines nationalen Krankenkassenverbandes u.

Die Leitung der christlichen Gewerkschaften ist den an sie herangetretenen steigenden Aufgaben mit Sorgfalt nachgegangen und hat zu den Einzelfragen durch eine Anzahl Schriften und Flugblätter Stellung genommen und Aufklärung verschafft. Es wurden in der Berichtsperiode u. a. folgende Schriften herausgegeben: 1. Wirtschafts-krisen (Auflage 5000 Exemplare), 2. Protokoll der Verhandlungen des VII. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (10000), 3. Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften Deutschlands für 1910 (10000), 4. Aus der Geheimpraxis eines Unternehmer-Arbeitsnachweises (27500), 5. Der Kampf in Badisch-Heinsfelden (7500), 6. Differenzen zwischen der badischen Fabrikinspektion und den christlichen Gewerkschaften (5000), 7. Jahrbuch

der christlichen Gewerkschaften für 1911 (15 000), 8. Buchdruckertarif und öffentliches Interesse (7 000), 9. Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1912 (20 000), 10. Führer durch die soziale, staatsbürgerliche, sozialpolitische und wirtschaftliche Literatur (5 000), 11. Die Aufgaben der Arbeitervertreter in der gesetzlichen Reichsversicherung (5 000), 12. Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1913 (20 000). Zu erwähnen sind ferner 13. Die Ortskartelle der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910 (10 000), 14. Die christlichen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1911 (7 500); sodann die Agitationsbroschüren, 15. Zum Kampf um die Reichsversicherungsordnung (40 000) und 16. Die Jugendfrage (5 000). Endlich vereinigte das Generalsekretariat in einem Literaturverzeichnis über Wesen, Wesen und Wirken der christlichen Gewerkschaften die hauptsächlichste bis heute in Artikeln und Schriften erschienene einschlägige Literatur aus befreundeter und gegnerischer Feder.

Das Generalsekretariat wurde in der Berichtszeit weiter ausgebaut und je ein Dezernat für Organisationsfragen, Pressewesen und Jugendfrage errichtet. Dem deutschen Generalsekretariat ist auch das internationale Sekretariat der christlichen Gewerkschaften angegliedert. Neu haben sich in der Berichtsperiode dem Gesamtverbande angeschlossen die Verbände deutscher Kellner, der Württembergische und Necklenburgische Eisenbahnerverband, während der Verband der Weinbergs-, Wald- und Landarbeiter neu gebildet wurde.

An der ausgedehnten Diskussion über den Bericht beteiligte sich von unserem Verbandskollegen **Heutmann**.

### Eine imposante Rundgebung für den interkonfessionellen Gewerkschaftsgedanken.

Als bei seiner Begrüßungsansprache der Hochwürdigste Herr Bischof Schaefer von der Notwendigkeit und Möglichkeit des Zusammengehens von Protestanten und Katholiken in der christlichen Gewerkschaftsbewegung sprach, begleitete diesen Worten der dröhnende Beifall der Kongressdelegierten. Als jedoch Kollege Stegerwald zum 2. Punkt der Tagesordnung in einem geradezu meisterhaften Referate über „Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen und geistigen Strömungen der Gegenwart“ sprach, kam es ganz impulsiv zu einer imposanten Ovation für unseren interkonfessionellen Gewerkschaftsgedanken.

Redner gab u. a. eine ausführliche Uebersicht über Wesen und Verlauf des Gewerkschaftstretes im katholischen Lager und darüber, wie es gegenwärtig mit dem Streit steht. Der Wesensunterschied zwischen den beiden Richtungen bestehe in der konfessionellen Organisationsform auf der einen und der interkonfessionellen Organisationsform auf der anderen Seite und dem grundsätzlich verschiedenen sozialwirtschaftlichen Programm der beiden Richtungen. Die christlichen Gewerkschaften lehnten für die berufswirtschaftliche Tätigkeit der Arbeiter die konfessionelle Organisationsform ab. (Bravo.) Wir leben in Deutschland in einem Lande mit paritätischer Verfassung. Die christlichen Gewerkschaften vertreten nicht den Standpunkt, daß nur durch reale Machtverhältnisse das Volks- und Wirtschaftsleben reguliert werden könnte. Sie seien im Gegenteil sehr dafür, daß die sittlichen Grundsätze des Christentums wie ein Sauerteig unser Volksleben durchsetzen möchten. (Sehr richtig.) Um aber ihre Ziele zu erreichen, dürfen die christlichen Gewerkschaften nicht auf das Streben nach realer Macht verzichten, die auch die Gegner, insbesondere die Sozialdemokratie, zwingt, mit ihnen zu rechnen. (Lebhaftes sehr richtig.) Schon deshalb ist ein Zusammengehen von Katholiken und Protestanten nicht zu umgehen. Die Sozialdemokratie will die Arbeiter völlig absondern vom Kulturleben der Nation. Nach deren System erfolgt die Absonderung nach Klassen, während das Berliner Fachabteilungssystem eine Absonderung nach Konfessionen darstellt. (Sehr gut.) Eine bis ins Extrem durchgeführte konfessionelle Absonderung kann die politische und kulturelle Entwicklung Deutschlands nicht vertragen. (Lebhaftes sehr richtig.) Dafür ist Deutschlands Stellung im Rahmen der Völker und seine weltwirtschaftliche Lage eine viel zu exponierte. Auf sozialwirtschaftlichem Gebiete lautet der Kardinalsatz der katholischen Fachabteilungen: „Das Arbeitsverhältnis ist kein Macht-, sondern ein Rechtsverhältnis.“ Nur sei vergessen, daß bei unseren menschlichen unvollkommenen Einrichtungen meist erst durch Macht Recht geschaffen werden müsse. Zu der Frage: Wie steht es gegenwärtig mit dem Gewerkschaftstret? übergehend, antwortete Redner: Ich weiß nicht! Ich weiß nur ein Dreifaches: erstens, daß selbst Bischöfe, die früher mit „Sich Berlin“ hielten, immer mehr davon abgekommen sind und heute fast sämtliche deutsche Bischöfe auf dem Standpunkt der christlichen Gewerkschaften stehen; zweitens, daß im Lager der katholischen Fachabteilungen eine Stimmung großer Enttäuschung herrscht, und drittens, daß die christlichen Gewerkschaften in der Zukunft bleiben, was sie in der Vergangenheit waren. (Brausender Beifall.) An die Adresse der Angreifer der christlichen Gewerkschaften sagte er dieses: Wenn ihr eure Angriffe wieder aufnehmen wollt, dann tut es. Ihr schadet letzten Endes der Sache, der ihr dienen wollt, viel mehr, als ihr den christlichen Gewerkschaften schaden könnt. Ihr könntet allenfalls große moralische Werte im katholischen Lager vernichten und dort nie wieder gutzumachende Vermittlungen anrichten. Die christlichen Gewerkschaften können nicht reißig, daher auch nicht katholisch-kirchliche Aufgaben übernehmen, sie lassen sich aber auch ebensowenig als Sturmbod gegen Rom gebrauchen. Der Kampf in der deutschen Arbeiterbewegung werde, wie das die letzten Jahre schon deutlich gezeigt hätten, ausgekämpft zwischen christlicher und sozialdemokratischer Arbeiterbewegung. Die christlichen Gewerkschaften seien heute in Deutschland eine soziale, wirtschaftliche und nationale Notwendigkeit; deshalb müssen sie mit allem Nachdruck weiter verbreitet und gestärkt werden.

Die Zustimmungsrundgebungen häuften sich während des Vortrages fast bei jedem Satz und wurden förmlich zu einer Ovation, als Kollege Stegerwald versicherte, daß die christlichen Gewerkschaften bleiben würden, was sie waren. Als aber Kollege Stegerwald geendet hatte, da braukten die Beifallsrufe minutenlang durch den Saal und immer wieder von neuem setzte das Händeklatschen,

Bravorufe und jubelnde Zustimmung wieder ein. Das war eine machtvolle Demonstration für das gewerkschaftliche Zusammenarbeiten zwischen Protestanten und Katholiken, die auf alle Teilnehmer einen gewaltigen Eindruck machte.

Eine feierliche Ruhe trat ein, als sich Kollege Streiter-Berlin vom Verbandskollegen der Krankenpfleger erhob und zur Geschäftsordnung folgendes ausführte:

„Der Kongress möge beschließen, daß über den Vortrag des Kollegen Stegerwald in eine Diskussion nicht eingetreten wird.“

Was insbesondere über den sogenannten „Gewerkschaftstret“ zu sagen war, hat Kollege Stegerwald klar und deutlich gesagt. Das ist ein für allemal der Standpunkt der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung! Dieser Standpunkt ist unverrückbar und unabänderlich! Deshalb halte ich jede weitere Diskussion für überflüssig.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich als evangelisches Mitglied des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften den katholischen Führern unserer Bewegung nachdrücklich unser vollstes Vertrauen aussprechen. Dazu bin ich beauftragt von den evangelischen Mitgliedern des Kongresses, die wie ich zur nationalliberalen Partei sich bekennen, wie auch von den evangelischen Mitgliedern, die den Rechtsparteien angehören, sowie von den evangelischen Arbeiterinnen.

Wir beglückwünschen unsere katholischen und evangelischen Mitglieder des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften zu ihrer Haltung in dem sogenannten „Gewerkschaftstret“, die getragen war von hohem Verantwortlichkeits- und Taktgefühl, und die den festen christlichen Willen erkennen ließ, die Treue, Kameradschaft und Waffenbrüderschaft zwischen den katholischen und evangelischen Mitgliedern hochzuhalten. Stimmen Sie also meinem Auftrage auf Erledigung dieses Punktes der Tagesordnung unseres Kongresses ohne Diskussion einmütig zu, in dem Bewußtsein: „Wir bleiben auch in Zukunft — mag kommen was will — eine unabhängige, interkonfessionelle und parteipolitisch neutrale christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung.“

Wiederum dröhnte ein wahrer Beifallsturm durch den Saal. Dann erhob sich Kollege Wieber zu folgenden Ausführungen:

„Gestatten Sie mir, daß ich im Anschluß an diese Worte als katholischer Arbeiter unsern evangelischen Führern und Kollegen unser vollstes Vertrauen ausspreche (Hört. Beif.). Wir werden ihnen treue Waffenbrüderschaft halten in der Zukunft wie in der Vergangenheit. Die 15 Jahre, die wir zusammen gearbeitet haben, haben gezeigt, daß wir ohne Verzichtung unserer religiösen Ueberzeugungen erfolgreich zusammen arbeiten können (Hört. Beifall), deshalb halte auch ich die weitere Diskussion für überflüssig. (Brausender Beifall.)“

Den Anträgen entsprechend wird ohne jede Debatte folgende Resolution einstimmig und unter begeistertem Beifall angenommen:

„Die christlichen Gewerkschaften sind aus den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands einerseits und aus dem Werdegang der deutschen Arbeiterbewegung andererseits hervorgewachsen. Sie verkörpern nicht die Emanzipationsbewegung der Lohnarbeiterklasse nach allen Richtungen, sondern haben gleich bei ihrer Gründung ihre Aufgaben und Bestrebungen auf ein Teilgebiet begrenzt: die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gegenüber den Arbeitgebern bei der Gestaltung und Fortentwicklung des Arbeitsverhältnisses und was damit zusammenhängt. Die sozialdemokratische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stellt ihre Ziele weiter. Eine Arbeiterbewegung, die in Deutschland sich auf die Dauer neben der Sozialdemokratie behaupten will, muß der weitreichenden sozialdemokratischen Gedankenwelt eine andere, ebenso umfassende Gedankenwelt entgegenstellen. Also bedarf die christliche Gewerkschaftsbewegung einer Ergänzung. Diese ist in Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse nur möglich dadurch, daß sich die Arbeiter zur Pflege ihrer staatsbürgerlichen und geistig-sittlichen Ideale ohne Unterschied des Berufes in konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Gesellen- und Jugendvereinen zusammenschließen, während die wirksame Geltendmachung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter deren umfassenden Zusammenschluß auf beruflicher Grundlage erfordert, was eine Trennung nach Konfessionen ausschließt.“

Soll in Deutschland eine nichtsozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung ein bedeutender Faktor im Gewerbe sein und sich gegenüber den starken neutralen Arbeitgeberverbänden durchsetzen, so kann sie sich nicht auf die Anhänger einer Partei oder auf die Mitglieder einer Konfession beschränken.

Der VIII. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands tritt daher in Sachen des Gewerkschaftstretes den Erklärungen des Vorstandes des Gesamtverbandes vom 3. und 19. Juni 1912 in allen Punkten bei und erklärt: Organisationsform und Charakter der christlichen Gewerkschaften haben sich in nahezu 15jähriger Praxis bewährt: die christlichen Gewerkschaften bleiben deshalb auch in der Zukunft in den bisherigen bewährten Bahnen.“

Damit war der erste Verhandlungstag beendet. Etwas Eindrucksvolleres haben wir auf einer Gewerkschaftstagung noch nicht erlebt wie diese Rundgebung.

### Die übrigen Beratungsgegenstände und Beschlüsse.

Da ist zunächst das Referat des Kollegen Joss-Blabach über die „Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den neueren Auseinandersetzungen über Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik“ zu nennen. Kollege Joss verlangte die unbedingte Ablehnung der sogenannten „neuen Schule“, die sich in der Volkswirtschaftslehre in den letzten Jahren hervorgetan hat. Wir werden im Laufe der kommenden Monate Gelegenheit nehmen, dieses Referat eingehender zu besprechen.

### Ueber das Thema Staatsangestellte und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung

sprach Kollege Guttsche-Oberfeld. Redner bekräftigt am Schluß seines Referats folgende Resolution, die einstimmig Annahme fand:

„Der VIII. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands begrüßt die glückliche Entwicklung der christlich-nationalen Staatsangestellten- und Staatsarbeiterverbände und ihre erfolgreiche sozialpolitische Standesarbeit, wie auch die planmäßige und von großem volkswirtschaftlichen Verständnis und nationalem Pflichtgefühl zeugende Tätigkeit, die von den genannten Verbänden auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen Erziehung entfaltet wird.“

Der Kongress hofft, daß das Streben der christlich-nationalen Staatsangestellten- und Staatsarbeiterverbände nach einer stetigen Hebung der wirtschaftlichen Lage der Staatsbediensteten, reichsgesetzlicher Regelung der Dienst- und Ruhezeiten im staatlichen Verkehrsgewerbe und weiterem Ausbau der Arbeiterausschüsse in den Staatsbetrieben und Errichtung von Zentralkommissionen bei den verbündeten Regierungen, den Verwaltungen der Reichs- und Staatsbetriebe und bei allen bürgerlichen Parteien das notwendige Entgegenkommen und sozialpolitisches Verständnis finden möge.

Da die Arbeiter innerhalb des staatlichen Verkehrsgewerbes der Reichsgewerbeordnung nicht unterstellt sind, hält der Kongress die Schaffung eines, den eigenartigen Verhältnissen der Staatsbetriebe entsprechenden Staatsarbeiterrechtes für dringend notwendig.“

### Stellung und Aufgaben der Bezirks- und Ortskartelle in den christlichen Gewerkschaften.

Hierzu sprach Kollege Baltrusch-Köln. Folgende Resolution wurde zu dem Referate angenommen:

„Der VIII. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands erkennt erneut die Bedeutung der Bezirks- und Ortskartelle für die Gesamtbewegung an. Der Kongress spricht daher die bestimmte Erwartung aus, daß in all den Orten, in denen sich zwei oder mehr Ortsgruppen der christlichen Gewerkschaften befinden, die Gründung eines Ortskartells in die Wege geleitet wird. Bezirkskartelle mit einem Kartellsekretär an der Spitze sind überall dort einzurichten, wo geschlossene Industriebezirke sich befinden, die geographische Lage dies begünstigt und eine sichere finanzielle Grundlage vorhanden ist.“

Zur Durchführung ihrer mannigfachen und bedeutsamen Aufgaben bedürfen die Kartelle ausreichender Geldmittel. Laut Ausweis der Statistik für das Jahr 1911 werden vielfach noch sehr niedrige Beiträge erhoben. Eine Erhöhung derselben ist die erste Voraussetzung dafür, daß die betreffenden Kartelle ihren Aufgaben gerecht zu werden vermögen. Der Durchschnittsbeitrag von 60 Pfg. pro Mitglied und Jahr ist in allen Kartellen anzustreben. Die Stellung der Kartelle in der Gesamtbewegung kann keine völlig selbständige sein: sie haben als notwendige Bestandteile der Gesamtbewegung sich dieser organisch einzugliedern und unterliegen der Aufsicht und der Direktion des Vorstandes des Gesamtverbandes. Die Errichtung von Bezirkskartellen und Kartellsekretariaten sowie die Besetzung der letzteren kann nur mit Einverständnis des Gesamtverbandesvorstandes erfolgen. Die Kartellsekretäre sind dem Gesamtverbandesvorstand zur allmonatlichen Berichtserstattung über ihre Tätigkeit verpflichtet.

Die Kartellvorstände sind verpflichtet, den ihnen alljährlich vom Generalsekretariat zugesandten Fragebogen über Tätigkeit, Finanzgebaren und Einrichtungen der Kartelle genau und gewissenhaft auszufüllen und rechtzeitig zurückzusenden, damit eine brauchbare Statistik des gesamten Kartellwesens in jedem Jahre veröffentlicht werden kann.

Die Beteiligung der Kartelle an kommunalen oder politischen Wahlen hat unter allen Umständen zu unterbleiben. Dringend aber wird den Kartellen angeraten, dort, wo es noch nicht geschehen ist, sich mit den konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Gesellen- und Jugendvereinen sowie mit den befreundeten Angestelltenorganisationen zu einem „Sozialen Ausschusse“ zu vereinigen.

Die sozialen Ausschüsse sollen sowohl bei allen sozialen Wahlen als auch bei der Stellungnahme zu sozialpolitischen Gesetzentwürfen von allgemeiner Bedeutung und bei der Behandlung sozialer Fragen durch die Kommunen auf das Zusammengehen aller Beteiligten hinwirken. Vornehmlich ist ein innigeres Zusammenwirken mit den konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Gesellen- und Jugendvereinen an Orte oder im Bezirke überall anzustreben. Namentlich mit Bezug auf die Jugendfrage, der als einer Lebensfrage für die christlichen Gewerkschaften die größte Aufmerksamkeit zu schenken ist. Jedes Kartell soll für eine geeignete Jugendkommission sorgen, die dauernde Fühlung hält mit den örtlichen Leitungen der konfessionellen Jugendausschüsse und womöglich auch direkt mit den Ausschüssen für staatliche Jugendpflege.

Bei der Jugendfrage in den christlichen Gewerkschaften überlasse man die mehr erzieherischen Aufgabengebiete und das Vergnügungswesen den konfessionellen Vereinen.“

An der Diskussion über diesen Gegenstand beteiligte sich von unserem Verbandskollegen der Kollege Fischer.

Es folgte das Referat des Kollegen Bergmann-Köln über

### Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsnachweis.

Hierzu fand folgende Resolution einstimmig Annahme:

„Der VIII. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hält die Lösung der Arbeitslosenfrage für eine der bedeutendsten Aufgaben der zukünftigen Wirtschaft- und Sozialpolitik. Durch die Schwankungen der Wirtschaftskonjunktur und die Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes werden fortlaufend eine Anzahl von Erwerbstätigen ohne eigenes Verschulden arbeitslos und damit ihrer einzigen Einkommensquelle beraubt. Für die Betroffenen und deren Familien, wie für die Volkswirtschaft und Allgemeinheit ist das von den nachteiligsten Folgen.“

Im weiteren Verfolg der bisherigen Bestrebungen der christlich organisierten Arbeiterchaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen empfiehlt der Kongress den christlichen Berufsorganisationen den weiteren Ausbau bzw. die Einführung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Darüber hinaus ist es unabwiesbare Pflicht der Gesellschaft, durch Reich, Staat und Gemeinde der Arbeitslosigkeit und ihren Folgen entgegenzuwirken.

Das Wichtigste ist, vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Daher sind seitens der öffentlichen Gewalten alle Bestrebungen zu fördern, durch die eine größere Stabilität des Arbeitsmarktes herbeigeführt werden kann. Die lebenden Produktionsfaktoren, besonders die großen Zweigverbände in Industrie und Handel — Kartelle, Syndikate, Händlervereinigungen usw., auch Staats- und Kommunalbehörden — haben bei der Vergabe oder Uebernahme von Aufträgen diesem Gesichtspunkt besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Dringend notwendig ist ein besserer Schutz der nationalen Arbeitskraft. Der bisherigen schrankenlosen Schmutzkonkurrenz mit billigeren ausländischen Arbeitskräften sind gesetzliche Schranken zu ziehen. Die heimischen Arbeiter haben ein Recht darauf, in Deutschlands Industrie, Handel und Gewerbe zuerst Arbeit und Brot zu finden.

Die Arbeitsvermittlung ist durch Reichsgesetz zu regeln. Das Gesetz muß allgemeine Vorschriften über die Tätigkeit des Arbeitsnachweises enthalten, die eine bessere Uebersichtlichkeit des Arbeitsmarktes ermöglichen. Ferner muß die Arbeitsvermittlung der staatlichen Aufsicht unterstellt und jeder Mißbrauch verboten werden.

Öffentliche (kommunale — gemeinnützige) Arbeitsnachweise sind zu empfehlen, vorausgesetzt, daß ihre Vermittlungstätigkeit einwandfrei ist und auch den Arbeiterorganisationen ein entsprechender Einfluß eingeräumt wird. Ebenso empfiehlt es sich, die paritätischen Facharbeitsnachweise den öffentlichen, gemeinnützigen Nachweisen, wo eben möglich, anzuschließen. Generell abzulehnen ist jeder Zwang bei der Arbeitsvermittlung, durch den die Freiheit des Arbeitsvertrages, die Freizügigkeit und sachliche Weiterbildung unterbunden werden.

Für die unverschuldet Arbeitslosen zu sorgen, ist Pflicht der Allgemeinheit und die nächste dringliche Aufgabe unserer Sozialpolitik. Eine befriedigende Lösung kann nur in einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung auf beruflicher Grundlage gefunden werden. Um praktische Unterlagen zu gewinnen, sind als Uebergang zur reichsgesetzlichen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in allen größeren Gemeinden in Anlehnung an die gewerkschaftliche Arbeitslosenfürsorge freiwillige Arbeitslosenversicherungen zu schaffen. Die Bundesstaaten sollen die Gemeinden zur Einführung kommunaler Arbeitslosenversicherungen anhalten und bestehende Einrichtungen durch Zuschüsse aus Staatsmitteln fördern und unterstützen.

Grundsätzlich und praktisch ist bei der Arbeitsvermittlung wie bei der Arbeitslosenfürsorge die Mitwirkung der Gewerkschaften unentbehrlich, weshalb ihnen allgemein ein entsprechender Einfluß einzuräumen ist.

Zu einem Zusatzantrage zu dieser Resolution werden die Staats- und Gemeindebehörden gebeten, ihre dafür geeigneten Arbeiten durch den Gewerksverein der christlichen Heimarbeiter an die Heimarbeiter vergeben zu lassen, um so der Not und der Arbeitslosigkeit in diesem Berufe nach Möglichkeit vorzubeugen.

Zu dem Thema

**das Arbeitsrecht**

waren zwei Referenten bestellt, Herr Referendar Köhr und Kollege Reichstagsabgeordneter Becker.

Zu diesem Beratungsgegenstande wurde eine längere Resolution dem Ausschusse des Gesamtverbandes zur genaueren Formulierung und Ausführung der darin aufgestellten Punkte überwiesen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf

**das Schieds- und Einigungsweesen.**

Erster Referent hierzu war Staatsminister a. D. Freiherr v. Berlepsch.

Nachdem Freiherr v. Berlepsch sein Referat beendet hat, dankt unter stürmischen Beifall der Versammlung der Vorsitzende Schiffer dem hochgeschätzten Redner für seine vorzüglichen Ausführungen. Der Vorsitzende sagt weiter, Freiherr v. Berlepsch war einer der ersten Kämpfer der Sozialpolitik. Als Handelsminister hat er bei der Regierung seinen ganzen Einfluß für eine gesunde soziale Entwicklung in die Waagschale gelegt. Ein Parlamentarier hat im Reichstage einmal gesagt: Minister sind wie Blumen auf dem Felde — sie kommen und sie gehen wieder. Freiherr v. Berlepsch ist den Weg aller Minister gegangen; er ist indirekt das Opfer der Sozialdemokratie und direkt das Opfer des Schanzmachertums geworden. Dem Druck nachgebend, hat der Minister Freiherr v. Berlepsch demissioniert, aber der Sozialpolitiker Freiherr v. Berlepsch hat nicht demissioniert. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Er hat sich nicht zur Ruhe gesetzt, sondern ist von neuem an die sozialpolitische Arbeit gegangen. Zu einigen Wochen ward Freiherr v. Berlepsch das 70. Lebensjahr vollenden. Wenn wir auch keinen Personenkultus treiben, so sei doch im Sinne von 100 000 national und christlich denkenden Arbeitern versichert: Das Reich hat in einem Menschenalter für das Vaterland und für die Arbeiterklasse gewirkt, gepflanzt, gewässert und gelitten hat, das wird ihm unvergessen bleiben. (Stürmischer Beifall.) Wir wünschen Er. Excellenz einen glücklichen Lebensabend. (Erneuter stürmischer Beifall.)

Vorreferent zu dem Thema „Das gewerbliche Schieds- und Einigungsweesen“ war Kurtzgebild-Köln.

Folgende Resolution wurde zu den Vorträgen angenommen:

Der VIII. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands betrachtet das gewerbliche Schieds- und Einigungsweesen als eine Einrichtung, die berufen ist, die zwischen Arbeitern und Arbeitgebern aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag entstehenden Differenzen in einem gerechten und billigen Ausgleich friedlich beizulegen.

Dieses Ziel kann jedoch nur dann in möglichst weitem Umfange erreicht werden, wenn einmal das gewerbliche Schieds- und Einigungsweesen in allen Gewerben und Industrien — besonders auch in der Großindustrie — Eingang findet und wenn es ferner in der bestmöglichen Weise gehandhabt und nach ständiger Verbesserung gestrebt wird. Letzteres ist um so notwendiger, weil das gewerbliche Schieds- und Einigungsweesen gerade in der Zukunft berufen sein wird, über wichtige Lebensfragen der Arbeiterkraft und von Gewerbe und Industrie, sowie über gewaltige nationale Werte zu entscheiden.

Aus diesem Grunde erachtet es der Kongreß insbesondere als eine Selbstverständlichkeit, daß in den gewerblichen Schieds- und Einigungsämtern alle in Betracht kommenden Gewerkschaftsrichtungen vertreten sein müssen. Er erhebt deshalb gegen die einseitige Besetzung der Schieds- und Einigungsämter für das Buchdruck-, Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe mit sozialdemokratisch organisierten Arbeiterbestimmern und gegen das Bestreben, diese verwerfliche Praxis auch auf andere Gewerbe zu übertragen, den schärfsten Protest.

Die auf dem Kongreß vertretenen Organisationen verpflichten sich, in Zukunft alles aufzubieten, um eine Monopolstellung der sozialdemokratischen Verbände im gewerblichen Schieds- und Einigungsweesen zu verhindern und den christlichen Gewerkschaften den ihnen gebührenden Einfluß zu sichern. In diesem Bestreben rechnen sie auf die tatkräftige Mithilfe der christlich-nationalen Arbeiterkraft, sowie aller jener Kreise, denen die Wahrnehmung der allgemeinen Interessen des deutschen Volkes obliegt.

Damit waren die Referate erledigt. Angenommen wurde noch folgender Antrag zur

**Förderung der Konsumvereine.**

1. Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist eine notwendige Ergänzung der Berufsorganisationen. Während letztere eine Erhöhung des Einkommens ihrer Mitglieder anstrebt, hat erstere den Zweck, das Einkommen kaufkräftiger zu gestalten.

Die Förderung der Konsumgenossenschaftsbewegung ist besonders für die Arbeiterkraft in der jetzigen Zeit der Teuerung aller Lebensmittel und Wirtschaftsbedürfnisse eine unabwendbare Notwendigkeit geworden. Des weiteren zwingt auch die Arbeiterkraft zur regen Teilnahme an der Konsumgenossenschaftsbewegung das lebhafteste Bestreben des privaten Kapitals, auf allen Gebieten Preiskonventionen zu errichten.

Durch den Einfluß der Konsumentenorganisationen sind solche Monopolbestrebungen auf dem Gebiete der Lebensmittelverteilung hintenanzuhalten.

Auf Grund dieser Erwägungen empfiehlt der christliche Gewerkschaftskongreß allen Mitgliedern der angeschlossenen Verbände den Konsumgenossenschaften als Mitglied beizutreten.

2. Der Kongreß erklärt es als selbstverständlich, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nur solchen Konsumvereinen angehören und betreten, die einem Verbände angehörend sind, der für die Neutralität auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete die vollste Gewähr bietet. Als solchen bezeichnet der Kongreß den Verband westdeutscher Konsumvereine Mühlheim-Rhein.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine Hamburg kann als solcher schon wegen der engen Koalierung mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei nicht in Frage kommen.

**Erledigung der Anträge.**

Angenommen wurde ein Antrag, der den Beitrag zum Gesamtverband pro männliches Mitglied und Jahr auf 30, pro weibliches Mitglied und Jahr auf 15 Pfennig festsetzt.

Angenommen wurde ferner folgender Antrag:

Der VIII. Kongreß der christlichen Gewerkschaften verpflichtet die verheirateten Mitglieder aller angeschlossenen Verbände ihre erwerbunfähig tätigen Frauen und Kinder den betr. christlichen Berufsverbänden zuzuführen.

Angenommen wurde ein Antrag des christlichen Holzarbeiterverbandes, der verlangt, „der Kongreß möge dem Reichstage eine Petition unterbreiten, durch welche die reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsvermittlungswesens in dem Sinne angestrebt wird, daß a) Minimalforderungen und Vorschriften für alle Arbeitsnachweise ähnlich wie für die Krankenversicherung erlassen und b) Mißbräuche bei der Arbeitsvermittlung verboten werden.“ In einem vom Gewerksverein der Heimarbeiterinnen beantragten und vom Kongreß angenommenen Zusatz zu diesem Antrage werden die besonderen Verhältnisse der Heimarbeit berücksichtigt und namentlich der Erscheinungszwang für die in der Heimindustrie bestehenden gesetzlichen Einrichtungen und ferner die reichsgesetzliche Festlegung von Mindestlöhnen für die Heimarbeit verlangt.

Angenommen wurden ferner mehrere Anträge, die sich mit den Verhältnissen in der Keramik- und Steinindustrie befassen, ferner ein Antrag des Reichsverbandes deutscher Kellner-Vereine, der fordert, „daß die Zentralen der Verbände ihren Ortsgruppen Anweisungen geben, behufs Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse für die gastwirtschaftlichen Angestellten, mit den Ortsvereinen der Kellnerorganisation in Verbindung zu treten.“

Mehrere Anträge, die sich zum großen Teil mit der Anstellung von Beamten und die Regelung der Bildung von Bezirksstellen und die Bezahlung der Beamten derselben betreffen, werden dem Vorstande bzw. Ausschusse des Gesamtverbandes zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Zum Schluß wurden noch die Wahlen zum Ausschusse des Gesamtverbandes vorgenommen. Von unserem Verbände wurden die alten Vertreter, Schiffer, Eisenich und Peiß, wiedergewählt.

**Damit war der Kongreß am Schluß der viertägigen Verhandlungen**

angelangt. Kollege Schiffer dankt in seinem Schlußwort allen, die zum guten Gelingen des Kongresses beigetragen haben. Den Reichs- und Staatsbehörden für ihre Vertretung, der Stadt Dresden für ihr Entgegenkommen, den Vertretern der verschiedensten Korporationen und Behörden für ihre Begrüßungen; nicht zuletzt aber den örtlichen Leitern der christlichen Gewerkschaften für ihre mühevollen und gut gelungenen Vorbereitungsarbeiten.

Ein besonderes Wort des Dankes widmet Kollege Schiffer auch der Presse. Die bürgerliche Presse habe den Kongreß sehr lebhaft verfolgt und ausführliche Berichte gebracht. Auch ein Teil der sozialdemokratischen Presse habe sich einer objektiven Berichterstattung befleißigt. Ein anderer Teil jedoch habe es sich nicht verkneifen können, durch allerlei häßliche und teilweise entstellte Berichte den guten Eindruck des Kongresses zu verwischen. Ein roter Pressenvertreter habe sogar die Taktlosigkeit und den Mut bezeugt, einem bürgerlichen Pressenvertreter gegenüber Propaganda für die Sozialdemokratie zu treiben und dabei unsere Bewegung zu verleumdern. (Bisul!) Uns würde das die Freude an der wohl gelungenen, imposanten Veranstaltung nicht trüben.

Dann wirt Kollege Schiffer einen kurzen Rückblick auf die Tagung. Als er dabei auf das Referat des Kollegen Stegerwald über den Gewerkschaftsstreit zu sprechen kommt, erneuern sich die stürmischen Kundgebungen, die bei der Erstattung des Referats bereits erfolgt waren. Immer wieder feht der Beifall ein, wenn Schiffer das unerschütterliche Festhalten an der gewerkschaftlichen Gemeinschaftsarbeit zwischen Protestanten und Katholiken hervorhebt.

Zum Schluß fordert Schiffer alle Kongreßteilnehmer zu unermüdblicher Weiterarbeit auf. Auf zu neuer Arbeit, zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen.

Das von dem Redner motivierte Hoch auf die christlichen Gewerkschaften findet eine begeisterte Aufnahme. Stehend wird dann das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen.

Dann erklärt der Vorsitzende, Kollege Schiffer, den VIII. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands für geschlossen.

Damit war eine Kongreßtagung erledigt, wie sie schöner und imposanter die christlichen Gewerkschaften wohl noch nicht abgehalten haben.

Wir kommen in der nächsten Nummer auf die Tagung zurück und schließen diesmal mit einem Gedicht, das die unseren Lesern bekannte Grete Filling auf die Kongreßtagung eigens für unsere Zeitung gedichtet hat:

Als Brüder und als Schwestern reichten treu wir uns die Hand,  
Verknüpft durch Königskrone und Vieh' zum deutschen Vaterland;  
Vereint durch unsern Ibsen, das alle uns befeelt,  
Im Lebenskampf für unser Volk gefeigt und gefählt,  
Verbunden durch das gleiche Ziel, so standen wir beisammen,  
Und wieder lobeten hell auf un'rer Begeißrung Flammen.  
Und wieder gilt es „deutsch“ und „treu!“ — Und geht's dem  
Kampf entgegen,  
Zeigt, daß ihr von den Unfern seid! — Glückauf auf euren  
Wegen!

Glückauf ihr Brüder allesamt, ihr Schwestern allzumal,  
Glückauf für alles, was da deutsch und christlich-national,  
Die Dresdner Tage brachten uns nur wahrhaft gute Saat,  
Daß diese gute Früchte trägt, ihr Freunde, zeig die Tat.

**Allgemeine Rundschau.**

Unehrlich wie immer! Die so schön verlaufene Generalversammlung unseres Verbandes hat auch einen Kritiker im sozialdemokratischen Lager auf den Plan gerufen. Mangels eines fetteren Wissens sucht er allerlei an der Entwicklung unseres Verbandes herumzunörgeln. Dieser soll im Abstieg begriffen sein. In Scharen verlassen auch heute noch die Mitglieder die Organisation. So behauptet der Mann in der sozialdemokratischen Presse. Er sucht seine Behauptung auch zu beweisen. Um zu einem für ihn günstigen Resultat zu kommen, ist er aber gezwungen, allerhand Kunstfertigkeiten auszuführen.

Bekanntlich erstreckt sich der für die Generalversammlung herausgegebene Geschäftsbericht, den auch unser Kritiker seinen Ausführungen zugrunde legte, auf die Zeit vom 1. Juli 1910 bis 31. Juni 1912. In dieser Zeit ist unser Verband von 32 681 auf 40 435, also um 7 754 Mitglieder gestiegen. Dieser Mitgliederzuwachs wurde hauptsächlich gewonnen im vierten Quartal 1910 und im ersten Quartal 1911. In den beiden Quartalen machten wir den großen Sprung von 33 495 auf 44 429 Mitglieder. Was tut nun dieser Kritiker? Er läßt diese beiden Quartale einfach unberücksichtigt und beginnt seine Angaben erst mit dem zweiten Quartal 1911. So wird es ihm dann möglich, einen Rückgang unseres Verbandes zurechtzufonstruieren. Es ist selbstverständlich, daß von den Tausenden im Winter 1910/11 neu gewonnenen Mitgliedern ein Teil dem Verbands wieder den Rücken kehrte. Diese Erfahrung macht man in gewerkschaftlichen Leben allgemein nach allen größeren Aktionen. Eine objektive Kritik hat solche Momente zu berücksichtigen. Dazu kommt, daß Herbst und Winter 1911/12 unserer Agitation nicht günstig waren. Neben der Reichstagswahl hat vor allem der Gewerkschaftsstreit die Entwicklung unseres Verbandes zweifellos beeinträchtigt.

Auch die Konjunktur ließ gerade in den Domänen unseres Verbandes in der Berichtszeit viel zu wünschen übrig. Darüber haben ja auch die Gauleiter des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes bewegliche Klage geführt. Der Genosse Brüggemann, dessen Gau unsere Verbandsbezirke Aachen, R.-Glabbach und Greifeld umfaßt, schrieb z. B. in seinem Geschäftsbericht für 1910/11:

Das Jahr 1911 war für unsern Gau kein erfreuliches. Bei dem Darunterliegen der Konjunktur, besonders im Aachener und M-Glabbacher Bezirk, konnte von großen Erfolgen keine Rede sein.

Ähnlich sprach sich auch Genosse Steinbrink, dessen Gau unsern westfälischen und Barmer Verbandsbezirk umfaßt, aus. Er schrieb:

„Unsere Hoffnung, die wir am Schlusse des vorjährigen Berichtes zum Ausdruck brachten, daß in diesem Jahr der Geschäftsgang ein flotter und somit für unsere Organisation bessere Erfolge zeitigender werden möge, ist leider nicht in Erfüllung gegangen.“

Was sagt unser roter Kritiker hierzu? Das ist doch die denkbar beste Rechtfertigung für unsern Verband. Speziell wenn man berücksichtigt, daß wir in vorerwähnten Verbandsgebieten zirka 75% unserer Mitglieder haben.

Noch günstiger wird die Situation für unsern Verband, wenn wir einmal dessen Entwicklung in denselben Bezirken mit jenen des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes vergleichen. Es ergibt sich dann folgendes Bild: Es wiesen Mitglieder auf

Table with 7 columns: im Bezirk, der soziald. Verb. Ende 1910, Ende 1911, mehr oder weniger, der christl. Verb. Ende 1910, Ende 1911, mehr oder weniger. Rows include Aachen, M-Glabbach, Krefeld, Barmen, Bocholt-Gronau, Münster.

In dieser Zusammenstellung sind nur jene Orte berücksichtigt, in denen beide Organisationen Mitglieder haben. Sie zeigt, daß im Aachener und M-Glabbacher Bezirk trotz der ungünstigen Konjunktur unser Verband einen Mitgliederzuwachs, der sozialdemokratische Verband aber einen Mitgliederverlust aufzuweisen hat.

Was bleibt nun nach alledem noch von der Kritikerei der sozialdemokratischen Presse übrig? Sollten wir böshaft sein, dann würden wir den Spieß umdrehen und die auf unsern Verband gemünzte Bemerkung: Hätte dieser „ernstliche Gewerkschaftsarbeit geleistet, dann müßte er mehr und mehr das Vertrauen der Arbeiter für sich gewinnen.“

Doch halt! Unser Kritiker will ja beweisen, daß es weiter bergab gegangen sei. Unser Verband soll am 1. August 1912 nur noch 39 625 Mitglieder gehabt haben. Diese Ziffer entstammt dem Reichsarbeitsblatt.

Noch eines glaubt er unserm Verbands anhängen zu können. Er zitiert aus unserm Bericht über die Begrüßungsfest den Passus, der die Uebung der Jugendwehr erwähnt und erlaubt sich dann folgende demagogische Bemerkung:

„Wir sehen, der christliche Textilarbeiterverband hat keine Ursache, lange nach Gründen zu suchen, warum es mit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht vorwärts gehen will und auch mit ihm selbst nicht.“

Wir nennen diese Bemerkung demagogisch, weil in unserm Bericht ganz deutlich, sogar in Sperrdruck, zu lesen war, daß es sich um eine Abtheilung der Jugendwehr des evangelischen Arbeitervereins handelte.

Damit können wir unsern Kritiker laufen lassen. Sein ganzes Gebahren hat uns übrigens recht lebhaft an den Spruch erinnert:

So mögen denn die Klaffer all Uns ungehört begleiten, Ihres Bellens lauter Schall Beweist nur — daß wir reiten.

Die richtige Antwort. Weil die Anhänger der Theorie des „Es nützt doch nichts!“ niemals aussterben, ist es gut, sich über die Antwort klar zu sein, die diesen Vertretern des Skeptizismus in der Gewerkschaftsbewegung zu geben ist.

Oder soll man ihnen mit der ernsten, trockenen und in vielen Fällen so unwiderstehlichen Sprache der Zahlen zu Leibe rücken? Auch das scheint uns hier nicht zu verfangen.

Was soll man denn tun?

Unseres Erachtens gibt es auf das trübselige „Es nützt doch nichts!“ nur eine durchschlagende Antwort — eine Antwort, die eigentlich gar keine ist, sondern vielmehr eine Frage darstellt.

Die soziale Belastung, ein Faktor der industriellen Entwicklung. Auf dem 26. Berufsgenossenschaftstag zu Hamburg hielt der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, einen Vortrag über Licht und Schatten bei der Arbeiterversicherung.

Es kommt folgendes hinzu. Deutschland hatte auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung lange Zeit nur in dem befreundeten Oesterreich einen einigermaßen gleichwertigen Gefährten.

Das Ausland hat in der Arbeiterversicherung auf Grund der deutschen Erfahrungen einen starken Hebel zur Förderung von Industrie und Handel erkennen gelernt.

Bei Einführung der sozialen Fürsorge durfte wegen der ungewissen Folgen des lebhaft umstrittenen Sprunges ins Dunkle befürchtet werden, daß die neue, noch lange

Zeit wachsende Last die deutsche Volkswirtschaft erdrücken könnte. Seitdem haben wir die hohe Bedeutung der Arbeiterversicherung für die Wohlfahrt der Nation, unsere Gesamtzeugung und die Schaffenskraft der einzelnen Betriebe kennen gelernt.

Das ganze Deutschland soll es sein. Der christliche Gewerkschaftsgedanke macht innerhalb unseres Vaterlandes vor keiner Landesgrenze halt.

Ein allseitiges Vordringen unserer Bewegung in allen Teilen des Reiches, heißt es da, ist im Interesse unserer Gewerkschaftspraxis dringend notwendig.

Dazu kommen gewichtige agitatorische Momente. Wie schwer ist es beispielsweise im Osten, größere begeisterte Kundgebungen zustande zu bringen!

Aus allen diesen Gründen müssen unsere christlichen Gewerkschaften in alle Bezirke, in den letzten Winkel vordringen, wo nur erwerbstätige Arbeiterbevölkerung ist.

Diesem Grundsatz ist durch die Wahl der Kongressorte von den christlichen Gewerkschaften Rechnung getragen worden. Mainz, Frankfurt, Krefeld, München, Essen, Breslau, dann Köln, jetzt Dresden, das ist gewissermaßen ein Bild, wie die christlichen Gewerkschaften aus sich herauswachsen und allmählich immer mehr Terrain gewonnen haben.

Der staatsbürgerliche Wert der christlichen Gewerkschaftserziehung wird in einem Artikel des „Zentralblatts“, der die Entwicklung der Verhältnisse innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, wie sie in der Zeit zwischen dem Kölner (1909) und dem jetzigen Dresdener Kongress sich vollzogen hat, schildert, mit folgenden Worten näher begründet:

„Ein wichtiger Punkt ist während der Zeit zwischen Köln und Dresden der Beachtung noch besonders aufgedrängt worden. Es hat sich klar ergeben, daß die gewerkschaftliche Erziehung im Sinne der christlichen Gewerkschaften sich in ihren Wirkungen nicht auf den engen Rahmen beschränkt, der durch das Wort Gewerkschaft gezogen ist.“

Schon bei Gelegenheit des Kampfes um die Reichsfinanzreform trat mit aller Deutlichkeit der hohe staatsbürgerliche Wert der christlichen Gewerkschaftserziehung zutage. Das Verständnis für die Notwendigkeit von Kompromissen, die in aller praktischen Arbeit liegt, ist in ansehnlichem Maße gewachsen.

Einzelne und der Einzelne dem Ganzen sich unterordnen müsse, wenn eine für alle Teile befriedigende Regelung erzielt werden soll. Sie lehrt, wie der einzelne Erwerbsstand sich als Glied des gesamten Volkswirtschafts betrachten muß, wie Krankheit und Gesundheit der einzelnen Glieder vom Gedeihen des Ganzen abhängig sind.

Behält man im Auge, daß es sich bei dem Arbeiterstande um dasjenige Glied handelt, welches im Verhältnis zu allen anderen am schlimmsten Not gelitten hat, so wird man die Schwierigkeit einer solchen Erziehung ermessen können. Um so mehr Anerkennung verdient dann auch, daß die christlichen Gewerkschaften mit zäher Ausdauer und, allen Schwierigkeiten zum Trotz, mit Erfolg sich dieser Erziehung gewidmet haben. Noch bei der letzten großen Gesetzesvorlage, die in die Zeit zwischen Köln und Dresden fällt, bei der Reichsversicherungsbildung, hat es sich mit aller Deutlichkeit gezeigt — wenn man es nicht bereits früher gewußt hätte —, welchen wohlthuenden Einfluß die Erziehung in den christlichen Gewerkschaften auf die Arbeitermassen gehabt hat. Auch hier wiederum mußte an die höhere Einsicht der christlichen Arbeiter appelliert werden, damit dieses Gesetzgebungswerk, das unter der Parteien Haß und Gunst manchmal bis zur Unkenntlichkeit entstellte wurde, den Hafen erreiche. So gaben die christlichen Arbeiter ein Beispiel, von dem man nur wünschen kann, daß andere Stände und Klassen bzw. deren Organisationen sich daselbe in reichem Maße zunutze machen. Geschieht das, dann ist für den sozialen Frieden außerordentlich viel gewonnen.

**Die gelbe Arbeiterbewegung als Reaktion gegen den Radikalismus.** In der sozialdemokratischen Presse wird häufig die Behauptung aufgestellt, daß durch die Taktik der christlichen Gewerkschaften gelbe Arbeitervereine gegründet wurden. Das soll besonders beim Ruhrbergarbeiterstreik und dessen Nachwehen in die Erscheinung getreten sein. Hier verwickelt sich die sozialdemokratische Agitation in jähroffe Widersprüche. Einerseits behauptet sie, die christlichen Gewerkschaften hätten sich gewandelt, seien genau wie die Gelben zu werten, dann aber heißt es wieder, die Taktik der Christlichen habe die Gelben geschädigt. Wozu brauchten die Unternehmer denn noch gelbe Vereine zu gründen, wenn die christlichen Gewerkschaften sich zu Gelben entwickelt hätten? Beide sozialdemokratischen Behauptungen entbehren jeglicher Unterlage.

Tatsache dagegen ist, daß der sozialdemokratische Radikalismus den gelben Bestrebungen den günstigsten Reaktionsboden geschaffen hat. An sehr vielen Orten ist die gelbe Bewegung als direkte Folge aus sozialistischen Aktionen hervorgegangen. Im Jahre 1905 injizierten die sozialdemokratischen Gewerkschaften den großen Kampf in der bayerischen Metallindustrie. Als sichbarer Erfolg blies die gelbe Wertvereinsleitung in Augsburg zurück, die sich nachher auf andere Industriegebiete Bayerns ausdehnte. Noch drastischer zeigte sich dieselbe Entwicklung in Berlin, wo die gelbe Bewegung als eine natürliche Reaktion gegen die Fehler und Auswüchse der sozialdemokratischen Taktik zu betrachten ist. Fortwährend Hege und Beunruhigung, unüberlegte Streiks mit einer Niederlage nach der andern, Rauferei und andere Vorgänge konnten nur Organisationsmüdigkeit und Ueberdruß erzeugen und den gelben Boden bereiten. Das weiß man auch im sozialdemokratischen Lager. Im Jahre 1907 gab der Vorstand des „freien“ Metallarbeiterverbandes eine Broschüre heraus: „Geschichtliches zur Rauferei in Deutschland“, in der es auf Seite 134 heißt:

„Die gelben Gewerkschaften sind ein Produkt der Rauferei. Die Einigkeit der Arbeiter ist gebrochen. Die Rauferei 1906 hat nun den äußeren Anstoß zur Entwicklung der gelben Gewerkschaften gegeben, und unsere Berliner Kollegen werden jahrelang zu tun haben, um dieses Übergewicht an der Arbeiterbewegung wieder abzumildern.“

Dem Versuch der Sozialdemokratie, die christlichen Gewerkschaften als Schutzmacher der Gelben zu verächtlichen, kann man die wahre Tatsache entgegenstellen werden, daß der sozialdemokratische Radikalismus diese Stelle mit Erfolg durchgeföhrt hat.

## Aus unserer Industrie.

### Textilwirtschaftliche Rundschau.

Unser Wirtschaftsleben weist eine gewisse Stabilität auf, die nun schon seit Monaten dauert. Es ist das um so bemerkenswerter, als wir in einer Hochkonjunktur leben, wo sonst unangenehme Ueberreichungen nicht zu den Seltenheiten gehören. Besonders betont muß die relativ gute Lage des Geldmarktes werden, die besser als in anderen Jahren ist. Der beste Beweis hierfür ist die Tatsache, daß die Reichsbank ihren Diskont bisher noch nicht zu erhöhen braucht. Wenn ein günstiges Prognostron für die Dauer der momentanen Konjunktur vorhanden ist, so ist es die günstige Verfassung des Geldmarktes. Für die Textilindustrie allerdings ist ein Moment vorhanden, das in seiner hemmenden Wirkung nicht unterschätzt werden darf. Die bestehende

### Teuerung

legt die davon Betroffenen auf Gebieten sparen, die unsere Industrie sehr nahe berühren — in erster Linie wird der Meiderbachmarkt eingeschränkt. Ob die Regierungsbeschlüsse einen merklichen Einfluß auf die Gestaltung der Fleischpreise ausüben werden, läßt sich dahingestellt sein. Alle Mittel außer der Zollfreiheit oder doch im Fall erzwungenen Einfuhr argentinischen Gefrierfleisches werden nur für kurze Zeit eine Erleichterung bringen können, da unsere Nachbarländer selbst sehr stark mit Vieh versorgt sind. Eine Entwicklung, die uns die be-

stehende Teuerung gebracht hat und die von der Reichsregierung in ihren Beschlüssen stark begünstigt wird, halte ich wichtiger als diese selbst. Der wirtschaftliche Liberalismus hat mit der alten „Teuerungspolitik“ der Städte ausgeräumt. Diese bestand in der Sorge für die Bedarfsdeckung der Einwohner mit den wichtigsten Lebensmitteln — Fleisch, Getreide, Brot. Die Preise wurden durch amtliche Taxen reguliert, die Güte der Waren durch die obrigkeitliche Schau garantiert. Der Liberalismus überließ all dies der freien Konkurrenz. Erst die jetzige Teuerung hat die Städte wieder sich ihres wirtschaftlichen Zweckcharakters erinnern lassen. Jetzt erst, nachdem die höchste Not eingetreten ist, gingen sie daran, auf eigene Rechnung Fischmärkte einzurichten, Vieh und Fleisch zu bestellen und dieses gegen

### Festsetzung der Preise

den Meßgern und andern Privatunternehmern zum Verkauf zu überlassen. Wir sehen wieder am Anfang der Entwicklung, die vor 80—100 Jahren gewaltsam unterbrochen wurde. Wohin sie führt, kann heute natürlich noch nicht gesagt werden, auf jeden Fall aber ist es ein Schritt, der unzweifelhaft zur Gesundung unseres gesamten Wirtschaftslebens beitragen muß, ein Schritt, der die große, als Konsumenten unorganisierte Masse vor Ausbeutung schützt. Die Gewerkschaften, insbesondere die christlichen, die immer praktische Gegenwartsarbeit geleistet haben, sind in erster Linie berufen, dafür zu sorgen, daß diese Bewegung nicht zum Stillstand kommt und in immer mehr Städten eingeföhrt wird.

Der

### Arbeitsmarkt

weist schon lange eine Gestaltung auf, die keineswegs geeignet ist, ohne ernste Besorgnis in die Zukunft zu blicken. Kaum zeigt ein Monat eine Besserung, so folgt schon im nächsten der Rückschlag. Der Arbeitsmarkt im August bringt für männliche Arbeiter eine kleine Abschwächung. Im Juli auf 100 offene Stellen 140 Arbeitsgesuche, so im August 146. Nicht nur gegen den Vormonat, sondern auch gegen den gleichen Monat des Vorjahres ist ein Rückgang zu verzeichnen, da kamen auf 100 offene Stellen nur 142 Arbeitsgesuche. Eine bessere Entwicklung weist der Markt für weibliche Arbeitskräfte auf. Auf 100 offene Stellen kamen im August 92 Arbeitssuchende gegen 97 im Juli und 90 im August 1911 — also eine kleine Besserung gegen den Vormonat, aber der Stand vom letzten Jahre konnte nicht erreicht werden.

Im August (Juli) sind bei 735 (719) Arbeitsnachweisen 404 000 (393 000) Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter eingelaufen, denen 277 000 (281 000) offene Stellen und 233 000 (237 000) Vermittlungen gegenüberstanden. Das Angebot hat sich also stärker vermehrt als die Nachfrage.

Bei der genannten Zahl von Arbeitsnachweisen sind von weiblichen Arbeitskräften im August (Juli) insgesamt 82 000 (76 000) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 89 000 (79 000) offene Stellen und 52 000 (48 000) Vermittlungen gegenüberstanden.

Für

### die Textilindustrie

war die Entwicklung des Arbeitsmarktes im August keine günstige. Auf 100 offene Stellen kamen 121 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter gegen 112 im Juli. Im August des Vorjahres waren es 136 — wir haben also gegen diesen eine recht nennenswerte Verbesserung, gegen den Juli aber eine ebenbürtige Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Eine viel ungünstigere Entwicklung sowohl gegen den Vormonat als auch gegen den August des Vorjahres hat der Markt für weibliche Arbeitskräfte aufzuweisen. Auf 100 offene Stellen kamen im Berichtsmonat 94 Arbeitsgesuche gegen 89 im Vormonat und 85 im August des Vorjahres. Es ist dies seit Januar wieder der ungünstigste Stand. Bei der oben genannten Zahl von Arbeitsnachweisen sind insgesamt 2 687 Arbeitsgesuche eingelaufen, die Zahl der offenen Stellen betrug 2 214 und die der Vermittlungen 1 822. Im Vormonat stellten sich die entsprechenden Zahlen auf 2 645, 2 366 und 1 891. Während sich also die Arbeitsgesuche vermehrt haben, ist die Arbeitsgelegenheit zurückgegangen. Die Arbeitslosenrate der verschiedenen Verbände in der Textilindustrie ist im August — ganz dem Gejagten entsprechend — im Vergleich mit dem Juli gestiegen, bleibt aber hinter der des August 1911 zurück. Die Lage in unserer Industrie ist nicht ungünstig, doch leidet sie unter den teuren Rohstoffpreisen — und dieses trifft für alle Zweige der Baumwollindustrie, der Wollindustrie, der Leinen- und Juteindustrie zu.

Die Hoffnung, daß

### der Baumwollmarkt

eine für die Industrie dauernd günstige Gestaltung erhalten werde, d. h. daß die Preise auf einem Niveau bleiben würden, das ein rentables Arbeiten der Industrie ermöglicht, hat sich nicht in ganzem Umfange erfüllt. Zwar sind die Preise für Baumwolle im Vergleich zum letzten Jahre noch niedrig, aber ihre Unstetigkeit, die sich in immerhin beachtenswerten Schwankungen innerhalb kurzer Fristen äußert, verhindert eine ruhige, gleichmäßige Entwicklung der Industrie. Und wenn man geglaubt hat, daß die diesjährige Beschäftigung den Ausfall vom letzten Jahre wieder einbringen würde, so kann man jetzt schon mit Sicherheit sagen, daß das in vollem Umfange nicht der Fall sein wird. Die Unbestimmtheit der Preise macht die Baumwollverbraucher natürlich sehr vorsichtig. Das zeigt sich schon äußerlich darin, daß die Rohstoffversorgung Deutschlands in den letzten Monaten an Intensität abgenommen hat. Die Zurückhaltung im Bezug röhrt vor des Rohstoffes sondern auch der Garne tritt immer dazu besonders hervor, wenn die Preise zurückgehen; Bestellungen in reichem Maße können wieder bei ihrem Ausgehen. Während sich in den letzten Wochen des August eine härtere Kaufstätigkeit entwickelte, hat sie in der ersten Woche des September, wo der Baumwollpreis fast zurückging, abgeflaut, um

gegen Mitte September, wo die Baumwollpreise gestiegen waren, wieder lebhafter zu werden. Nach der ungünstigen amtlichen Ernteschätzung ist eine weitere Steigung mehr wahrscheinlich als das Gegenteil. Die Preise für Garne sind fest, wenn sie auch nicht jedesmal den veränderten Baumwollpreisen im ganzen Umfange folgen können.

Die Ursache der hohen Baumwollpreise liegt, wie schon des öfteren betont, an dem relativ geringen Angebot dieses Rohstoffes, an der großen Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland. Es ist daher von Interesse, zu erfahren, daß die Bestrebungen amerikanischer Interessenten, den Baumwollanbau einzuschränken, nicht ganz ohne Erfolg gewesen sind. Die Anbaufläche ist in diesem Jahre um 2 1/2 Mill. Acres oder 7 1/2% kleiner als im Vorjahr. Auch das Land, das am ersten geeignet wäre, mit seiner Produktion den Ausfall Amerikas zu decken — British-Indien — weist für die Ernte 1912/13 eine kleinere Anbaufläche auf als für die letztjährige. Der Unterschied beträgt 5% oder 557 000 Acres. Nach ungünstiger ist der Stand, wenn wir das Jahr 1910 betrachten. Hier betrug die Anbaufläche 12 355 000 Acres, 1912 aber nur 10 421 Acres. Angenehmer als diese Daten lautet die Nachricht, daß sich der Baumwollanbau in unserer Kolonie Togo wenigstens hinsichtlich der Qualität durchaus bewährt hat. Für die Bedarfsdeckung wird aber die geringe Menge ohne Wirkung sein. Welche gewaltigen Summen für diese erforderlich sind, zeigen folgende Zahlen. Es betrug der Weltverbrauch an Baumwolle

1905/06	16 395 000	1908/09	17 036 000
1906/07	17 006 000	1909/10	15 985 000
1907/08	15 999 000	1910/11	16 392 000

Ballen in 500 engl. Pfund.

Die Lage am

### Wollmarkt

bedingt eine ganz ähnliche Entwicklung für die Wollindustrie wie die am Baumwollmarkt für die Baumwollindustrie. Auch hier herrschen schwankende Preise, die sich aber doch noch bedeutend höher halten als die Baumwollpreise. Stärkere Nachfrage von Wolle und Garn hängt deshalb von den gleichen Bedingungen ab wie dort. Im verfloßenen Jahre hat auch die Wollindustrie einen Ausfall ihrer Rentabilität gehabt — bis jetzt ist dessen erster Grund — teure Rohstoffpreise — geblieben und für die nächste Zeit ist keine Aussicht vorhanden, daß hierin eine Aenderung eintreten wird. Die australische Schafzucht hatte nicht den guten Erfolg gehabt wie in früheren Jahren — und von australischer Merinowolle ist die deutsche Industrie eben durchaus abhängig. Ihr Einfuhrwert betrug 1911 über 114 Mill. Mark. Die Lage wird noch verschärft durch den steten Rückgang der Schafzucht in Deutschland. Noch vor 50 Jahren hatten wir einen Schafbestand von 28 Mill. Stück, heute sind es wenig mehr über 5 Mill. Nicht im gleichen Maße, aber doch um zirka die Hälfte hat sich der Bestand in Frankreich vermindert, er beträgt heute noch 17 1/2 Mill. Stück. Die Anzahl der Schafe in England ist seit etwa 50 Jahren gleich geblieben mit zirka 31 Mill. Stück. So sehr die letzt erwähnte Tatsache für englische Industrie spricht, so spricht sie gegen die englische Landwirtschaft, die heute einen intensiven Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten kann.

Gegen Mitte September ist eine

### Belebung des Geschäftes

eingetreten; im Garngeschäft ist große Ruhe, doch ist die Beschäftigung noch gut, wenn auch der Eingang neuer Aufträge nur sehr spärlich ist. Streichgarn hat in der Nachfrage vor Kammgarn einen Vorzug. Auch in den wollenen und halbwollenen Geweben ist die Kaufstätigkeit ruhig, etwas lebhafter als das Jute-Geschäft ist der Export. Die Preise sind sehr fest und eher steigend, der Grund der in den letzten Wochen eingetretenen Besserung. Entsprechend wie bei Wolle liegt der Markt in Kammlängen, Kammgängen und Wollabfällen. Für Herrenkleider werden Cheviot und Wollen bevorzugt, weniger Kammgarn; dagegen tritt dieses neben Cheviot für Damenkostüme in den Vordergrund. Die Decken-, Teppich- und Möbelstoffindustrie ist gut beschäftigt. Ein recht gutes Jahr scheint für die

### Leinenindustrie

anzubrechen. Zwar sind auch hier die Rohstoffpreise sehr hoch, aber doch, was immer von Vorteil ist, durchaus stabil. Ueber den Ausfall der Flachsernte hört man sich widersprechende Nachrichten. Im allgemeinen lauten die Erntebereiche aus Rußland, Schlessen und Mähren nicht besonders zuverlässig. Die bevorstehende Erntemenge übersteigt die des letzten Jahres wohl nicht. Dies ist von um so größerer Bedeutung, als absolut keine Vorräte mehr vorhanden sind. Daher hat die Nachfrage auch schon recht lebhaft eingesetzt. Teilweise herrscht zwar noch eine gewisse Zurückhaltung der Spinner, die glauben, daß die Preise durch den tatsächlichen Ausfall der Ernte noch modifiziert werden. Sehr starke Nachfrage herrscht nach Flachsgarn und Werggarnen, in denen große Abschlässe zustande gekommen sind. Die Preise sind daher fest, können sich in aufsteigender Linie und müssen von den Käufern bewilligt werden. Die Aussichten für die Gewebe sind nicht schlecht, doch ist die Besorgnis, daß sie die hohen Rohstoffpreise nicht ganz abwählen können, sicher nicht ungerichtet. In der Juteindustrie herrscht gute Stimmung. Der Verband deutscher Juteindustrieller hat erst neulich wieder Preis-erhöhungen eintreten lassen. Das Geschäft in der Juteabsatz ist außerordentlich lebhaft, die Werke sind voll beschäftigt bei guten Preisen. Der Rohstoffmarkt verzeichnet hohe Preise und das hat sich auch nicht durch die letzten Ernteschätzungen geändert, obgleich diese besser ausfallen als man erwarten zu dürfen glaubte. Der letztjährige Erntertrag betrug 8 234 000 Ballen, der diesjährige wird auf 9 525 000 geschätzt.

Die Seidenindustrie

zeigt eine zunehmende Belebung. Nicht wenig dazu beigetragen mag der günstige Ausfall der Rohseidenerte in Italien haben. In einzelnen Zweigen der Industrie herrscht lebhaft Nachfrage, so vor allem für Samte, Kravatten- und Schirmstoffe. In der letzten Zeit sind die Rohseidenpreise gestiegen, man zweifelt aber in sachverständigen Kreisen, ob diese Bewegung anhalten wird. Aus der sächsischen Strumpf- und Handschuhindustrie kommen recht befriedigende Nachrichten. Ein gewisses Aufatmen geht durch die letztere, daß die dünnen Musselinstrümpfe auch für den nächsten Sommer ihre Herrschaft bewahren. Gleichwohl verbirgt man sich der Ansicht nicht, daß bei der planlosen Vermehrung der Ketten Maschinen in absehbarer Zeit eine Ueberproduktion eintreten muß. In der Handschuhindustrie sind reichlich Aufträge eingegangen. Man verspricht sich gute Ausichten, da der lange durchbrochene Handschuh im nächsten Sommer wieder Mode werden soll.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Wühl (Oberelßaß).

Seit dem 25. Sept. stehen die Spinnerarbeiten und Arbeiterinnen der Firma Rogelet in Wühl im Streik. Die Bewegung wird von unsrem und dem sozialdemokratischen Verbands gemeinsam geführt. Die Forderungen bestehen in einer Lohnerhöhung von 10 Prozent für die Spinner und einer zweiprozentigen Gehöhung der Lohnsätze für die Anseher.

In Anbetracht dessen, daß die Löhne bei dieser Firma bedeutend unter den von ihren elässischen Konkurrenzfirmen gezahlten Durchschnittslöhnen stehen, müssen die gestellten Forderungen als bescheiden bezeichnet werden. Es wäre gewiß auch im Interesse der Firma gelegen, wenn sie durch eine Verständigung mit ihren Arbeitern dem Streik ein Ende machen würde.

Wittringhausen.

Bei der Firma Adolf u. Otto Halbach, Seidenbandwirker, streiken seit einigen Wochen sämtliche Bandwirker-Gesellen, weil die Firma-einige Artikel ganz erheblich im Lohne herabgesetzt hat. Die Arbeiter verlangen die Anerkennung des zwischen dem Verein von Seidenbandfabrikanten im bergischen Industriebezirk und dem christlichen sowie sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande abgeschlossenen Tarifvertrages, der bei mehr als 20 Firmen in Geltung ist. Die Firma weigert sich jedoch, diesen Vertrag anzuerkennen und so muß sie erst durch Schaden klug gemacht werden. Daß alle rechtlich denkenden Arbeiter und Bürger das Vorgehen der Firma Halbach scharf beurteilen, bezeugte eine am Sonntag, den 6. Oktober, in Wittringhausen stattgehabte Versammlung durch einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

„Die am 6. Oktober 1912 im Saale des Herrn Walter Starke zu Wittringhausen statt beschlossene öffentliche Versammlung verurteilt ganz entschieden den Versuch der Firma Adolf u. Otto Halbach, den in ihrem Betriebe beschäftigten Bandwirker-Gesellen für bestimmte Artikel den Lohn um 15 Prozent herabzusetzen. Versammlung ist der Ansicht, daß bei den herrschenden Teuerungsvhältnissen viel eher eine Lohnzulage als ein Lohnabzug angebracht wäre. Die Versammelten sind ferner der Ueberzeugung, daß, wenn die Arbeiter solch erhebliche Lohnabzüge gebuldet hätten, die Konkurrenzfirmen ebenfalls gezwungen wären, ihren Arbeitern Lohnabzüge zu machen und dann die Lohnsätze des Bandwirkermeisterverbandes und der Gesellenorganisationen nicht mehr gehalten werden können. Die Folge wäre ein wilder Konkurrenzkampf, durch welchen nicht nur die Bandwirkermeister und -Gesellen, sondern die ganze bergische Seidenbandindustrie schwer geschädigt und endlich ruiniert werden müßte. Um dieses zu verhüten, halten es die Versammelten für eine dringende Pflicht eines jeden Bandwirketz, die streikenden Arbeiter in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe tatkräftig zu unterstützen, indem während der Dauer des Kampfes keine Arbeit für die bestreikte Firma angenommen und ausgeführt wird.“

Aus unseren Bezirken.

Bezirkskonferenz des 6. Verbandsbezirktes.

Am 29. September fand unsere Bezirksversammlung in Münster statt. Alle Ortsgruppen waren durch Delegierte vertreten. Als Vertreter des Zentralvorstandes nahm Kollege Blantenagel-Barmer an der Konferenz teil. Als Gäste waren zwei Herren der sozialen Studentenvereinigung anwesend.

Nachdem das Bureau gebildet, erstattete Bezirksleiter Kollege Camps den Situations- und Tätigkeitsbericht. Hieraus war zu entnehmen, daß im allgemeinen von einem guten Geschäftsgang gesprochen werden kann. Die Agitation wird in manchen Orten durch das Vorgehen der Fabrikanten sehr erschwert. Daher auch ein kleiner Rückgang in den Mitgliederzahlen. An einigen Orten konnten Lohnaufbesserungen durchgeführt werden. Zu einem Streik kam es in Follenbeck, weil die Firma C. A. Delius ohne jeden Grund den gesamten Arbeiterauschluß maßregelte. Nach achtwöchigem Streik kam es zu einer Einigung. Ein weiterer Streik entstand bei der Firma Gruning in Mesum, weil diese die Löhne der Näherinnen bis 53 1/2 Prozent reduzierte. Leider blieben die Näherinnen nicht einig und nahmen ohne jeden Erfolg die Arbeit wieder auf. Die Firma Brinhaus in

Warendorf scheint gar nicht mehr ohne Unruhe im Betriebe existieren zu können. Bald in der einen, bald in der andern Weise ist die das Arbeitsverhältnis zu verschlechtern. Wenn die Firma in der bisherigen Art weiter vorgeht, sind ernste Differenzen nicht ausgeschlossen. Die Verantwortung dafür hat aber nur die Firma selbst.

Besonders wurde aber darauf hingewiesen, daß noch von mancher Ortsgruppe mehr Biständigkeit bei der Ueberrechnung und der Arbeitslosenstatistik geübt werden müsse.

Weil es noch an manchen Orten an tüchtigen Mitarbeitern fehlt, muß hierin noch mehr geschehen und es soll zu diesem Zwecke noch in diesem Herbst ein besonderer Kursus in Rheine abgehalten werden. Hoffentlich wird dieser Erfolg haben.

In der Diskussion wurden verschiedene Wünsche, mehr örtlicher Natur, vorgebracht. Angeregt wurde, dort, wo es angängig sei, eine mehr zentralisierte Geschäftsführung in den Ortsgruppen durchzuführen. Auch möge man der gelben Sumpfpflanze mehr Beachtung schenken.

Ueber die stattgefundene Verbandsgeneralversammlung berichtete Kollege Hellebröder. Er hob die beschlossenen Änderungen in dem Unterstützungsreglement, die Erhebung von Lokalbeiträgen und den Beschluß bezgl. der Agitation besonders hervor. Kollege Blantenagel sprach sodann über das Thema: „Wie können wir am erfolgreichsten im nächsten Herbst und Winter agitieren?“ In überaus gemeinverständlicher und klarer Weise besprach Redner die Art und Weise, wie am erfolgreichsten und praktischsten die Agitation gestaltet werden könne; wie man auch auf diesem Gebiete spezialisieren müsse, um zum Ziele zu kommen; wie Ausdauer und Geschick Erfolge verbürgen. Wenn die in diesem Referat gegebenen Winke und Anregungen in der richtigen Weise überall befolgt werden, dann wird der Erfolg für uns sicherlich nicht ausbleiben. Die darauf folgende Diskussion zeigte, daß man mit den gefassten Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden und auch für deren Durchführung tätig sein wollte.

Einer der Herren Studenten richtete noch ermunternde Worte an die Delegierten und wünschte, daß alle Beschlüsse durchgeführt und von Erfolg gekrönt seien.

Der Bezirksvorsitzende, Kollege Camps, wurde einstimmig wiedergewählt.

Zum Schluß wurde noch angeregt, in Zukunft die Bezirkskonferenzen in einer früheren Stunde zu beginnen, damit auch bis zum Schluß alle Delegierten anwesend sein könnten.

Mit dem Dank an alle Delegierten, den Vertreter des Zentralvorstandes und mit der Aufforderung, daß nun auch jeder an seinem Platze für den Verband mitarbeite, schloß der Bezirksvorsitzende die Konferenz.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Fulda. Unsere Ortsgruppe hielt aus Anlaß ihres 10jährigen Bestehens am 29. Sept. eine in allen Teilen wohlgeleitete Feier ab. Der Vorsitzende, Kollege M., eröffnete um 4 1/2 Uhr die Feier und hieß die Erschienenen herzlich willkommen, besonders die Herren Pfarrer Weber-Florenberg, Gewerkschaftssekretär Geier-Augsburg, Volksvereinssekretär Frank, Kartellvorsitzenden Stahl und den Vizepräsidenten des St. Josephsvereins katholischer Arbeiter, Reith. Nach Abingen eines gemeinschaftlichen Stiebes trug Kollege Elm von Horas einen Prolog vor. Darauf ergriff Geier-Augsburg das Wort zur Festrede. Er übermittelte an sämtliche Anwesenden die Grüße des Zentralvorstandes und griff dann 10 Jahre zurück, um den Anwesenden die Gründung unserer Ortsgruppe vor Augen zu führen. Zuerst hatten sich 30-40 Kollegen zur Gründung eines Lokalverbandes zusammengeschlossen. Man sah indes bald ein, daß auf diese Weise für den Arbeiterstand nichts erreicht werden konnte. Da nur die freien Gewerkschaften, unter ihnen auch der deutsche Textilarbeiterverband, immer mehr ins sozialdemokratische Fahrwasser gerieten, schloß man sich im Jahre 1902 dem mittlerweile ins Leben gerufenen Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands an. Redner wies mit überzeugenden Worten nach, daß für christlich-national denkende Arbeiter und Arbeiterinnen nur die christlichen Gewerkschaften in Frage kommen können. Die Berliner Fachabteilungen könnten auf wirtschaftlichem Gebiete für den Arbeiterstand nichts erreichen, denn bei einem Arbeitgeber, der bloß auf materialistischem Standpunkt steht, sei mit schönen Worten nichts zu erreichen. Da müsse schon im äußersten Falle zum letzten Mittel, dem Streik, gegriffen werden. Daß die gelben Vereine nicht die Interessen der Arbeiter vertreten, gehe schon aus dem Umlauf hervor, daß sie von den Arbeitgebern ins Leben gerufen seien. In Augsburg seien in einem Werk die Löhne der gelb organisierten Arbeiter nach und nach um 10-20 Pfg. pro Tag reduziert worden; dadurch seien die Arbeiter von der Gelbfucht geheilt worden und größtenteils zum christlichen Verband übergetreten. Daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften erst recht nicht für einen christlich-national denkenden Arbeiter in Frage kommen können, sei selbstverständlich. Redner wies dann auf die vielen Erfolge hin, die im Laufe der letzten acht Jahre in Fulda errungen worden sind. Es sind im Durchschnitt 25-33 Prozent an Lohnerhöhung und 1/2-1 Stunde Arbeitszeitverlängerung zu verzeichnen. Er forderte alle Anwesenden auf, in Zukunft nach Kräften mitzuwirken für die christlichen Verbände. Mit einem begeisterten Appell an alle Kollegen und Kolleginnen zu eifriger Agitationsarbeit schloß der Redner seine interessanten Ausführungen. Freudig aufgenommen wurden auch die Worte des Herrn Pfarrers Weber-Florenberg. Es wies besonders darauf hin, daß die deutsche Arbeiterschaft an sich schon arg zersplittert wäre, wenn sie sich nun auch noch in wirtschaftlichen Angelegenheiten konfessionell scheiden wollte, würde sie eine Art Selbstmord begehen. Man fände doch auch keine katholischen und evangelischen Arbeitgeberverbände. Er forderte dazu auf, die christlichen Gewerkschaften in jeder Weise zu unterstützen. Herr Volksvereinssekretär Frank und Herr Kartellvorsitzender Stahl wiesen in überzeugenden Worten die Notwendigkeit der Organisation nach und forderten besonders die Arbeiterinnen zum Zusammenschluß auf. Mit Dankesworten schloß der Vorsitzende hierauf mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften die schön und eindrucksvoll verlaufene Feier.

Greven. Recht traurige Zustände herrschen hier zurzeit bei der Firma Gebr. Schröder & Co. Daß der ZehnStunden-tag für die Arbeiterinnen gesetzlich festgelegt ist, scheint die Firma ganz vergessen zu haben; denn seit Monaten arbeiten

die Flegerinnen Tag für Tag 10 1/2 Stunden. Auch jede Minute Störung muß durch Ueberarbeiten wieder nachgeholt werden, aber andererseits wird für Warten auf Material keine Vergütung bezahlt. Auch die Löhne sind hier nicht die höchsten, ist es doch keine Seltenheit, daß erwachsene Arbeiter am Lohnstage mit 14 bis 16 Mark nach Hause gehen müssen. Verschmerzen sich die Arbeiter über die schlechten Lohnverhältnisse, so wird ihnen in der Regel einfach gesagt, wir verdienen jetzt auch nichts. Demgegenüber sei aber gesagt, daß die Arbeiter bei guten Zeiten, wo die Firma 10% und mehr Dividende verteilt, auch herzlich wenig davon gemerkt haben. Würde die Firma besseres Material zur Verarbeitung verabreichen, dann wäre es den Arbeitern möglich, bessere Gops zu liefern und die Firma würde durch die vielen Reklamationen von seiten anderer Arbeitgeber nicht mehr so viel belästigt. Nebenbei sei hier aber bemerkt, daß für eine Sorte Wolle (prima Wolle) Akkordsätze viel zu niedrig stehen. Auch die Behandlung der Arbeiter, namentlich von seiten des Herrn Direktors Schröder, läßt manchmal viel zu wünschen übrig. Verschiedene Vorfälle, so auch einen aus jüngster Zeit, haben dieses zur Genüge gezeigt. Unsern unorganisierten Mitarbeitern aber rufen wir zu: tretet dem christlichen Textilarbeiterverband bei, dann wird es ein leichtes sein, dafür zu sorgen, daß solche Zustände beseitigt werden.

Gronau. „Spät kommt die Neue, doch sie kommt!“ Vor einigen Wochen hatte in einer hiesigen Spinnerei ein Arbeiter das Unglück, mit einer Hand zwischen die Krakenmaschine zu kommen. Dem Vermerken wurde dieser Lage im Krankenhaus zu Münster die Hand abgenommen. Die Familie des betr. Arbeiters, die in sehr dürftigen Verhältnissen lebt, wurde von Kollegen darauf ausmerksam gemacht, die Krankenunterstützung vom Verband in Anspruch zu nehmen. Während erklärte darauf die Frau, daß ihr Mann einige Wochen vor dem Unfall aus dem Verband ausgestiegen sei, was sie jetzt bitter bereute. Hier haben wir wieder einen von den vielen Beweisen, daß auch der Verband dann etwas nützt, wenn auch nicht von einem Streik in den andern gesprungen wird. Hoffentlich ziehen die Mitglieder aus diesem Vorkommnis die nötigen Lehren.

Sausen i. Wiesentale. Unsere letzte Versammlung vom 20. September war gut besucht. Der Vorsitzende berichtete zunächst über den Stand der Lohnbewegung in der Spinnerei. Der freie Verband hat bei dieser Bewegung unsere Organisation ausgeschaltet, trotzdem wir eine Anzahl Mitglieder in der Spinnerei haben. Erzielt hat der freie Verband bisher nichts, vielmehr erhielt der Ausschub eine ganz ablehnende Antwort. Im Interesse der schlecht gestellten Hausener Arbeiter ist das zu bedauern. Darauf berichtete Kollege Kümmele über den Verbandsrat in Elberfeld und waren alle Anwesenden mit den Beschlüssen einverstanden. Den Lokalbeitrag von 5 Pf. erheben wir bereits seit Juli, ohne auch nur ein Mitglied verloren zu haben. Zur Bezirkskonferenz in Basel wurden gewählt der Kollege Albert Baumgartner und die Kollegin Emilie Schauble.

Odenkirchen. In unserer am 6. Oktober abgehaltenen Versammlung erstattete Kollege Göhr Bericht über die Verbandsgeneralversammlung. Die Beschlüsse wurden von der Versammlung beifällig angenommen. Redner legte den Anwesenden besonders unsere Winteragitation ans Herz. Kein Kollege darf uns in diesem Winter seine Mitarbeit verlagern. Es wurde von der Versammlung beschlossen, eine Geschäftsstunde einzulegen. Diefelbe findet jeden Freitag Abend von 8 bis 9 Uhr in Mülfort-Bell, Vereinsstraße 27, statt. Dort werden die Unterstützungen ausbezahlt, alle Krankheits- und Arbeitslosenmeldungen, sowie Auskünfte und Beschwerden entgegen genommen. Sodann wurde noch beschlossen, um bei unseren Versammlungen auch dem gemütlichen Teil Rechnung zu tragen, die vom Verbands herausgegebenen Liederbücher einzulegen. Wir bitten alle unsere Kollegen und Kolleginnen, besonders diejenigen, die immer auf unseren Versammlungen durch Abwesenheit glänzen, in Zukunft dieselben besser zu besuchen.

Wir machen unsere Mitglieder noch besonders darauf aufmerksam, daß Arbeitslosenunterstützung nur von dem Tage an in Anrechnung gebracht wird, an dem sich die Mitglieder beim Ortsgruppenvorstand melden.

Wegberg. In unserer letzten Versammlung, welche einen guten Besuch aufwies, berichtete Kollege Henz aus der Ortsgruppe Wassenberg über die Verbandsgeneralversammlung. Derselbe verstand es, den Anwesenden die gefassten Beschlüsse verständlich zu machen und allgemeines Interesse für sie zu wecken. Aus dem geschäftlichen Teile ist zu berichten, daß der Kollege Joh. Heiffen zu Aklintum als Vorsitzender gewählt wurde. Wobei jeder an seinem Teil, daß die Generalversammlungsbeschlüsse, hauptsächlich hinsichtlich der Agitation, nun auch verwirklicht werden.

Zell i. Wiesentale. In unserer letzten Mitgliederversammlung gedachte der Vorsitzende zunächst seines Vorgängers, des verstorbenen Kollegen Heinrich Bollmer; zum ehrenden Andenken erhoben sich alle Anwesenden von ihren Sitzen. Als Delegierte zur Bezirkskonferenz in Basel wurden die Kollegin Meiser und der Kollege Grether gewählt. Hierauf referierte Kollege Kümmele-Vörrach über die gewerkschaftliche Lage und die neuesten Lohnbewegungen. Angeichts der ersten Lage auch in unserem Bezirke sei der Anschluß aller Arbeiter an unseren Verband dringend nötig. Nach dem Verbandsratge sei eine rege Agitation einzuleiten; auch die Basler Konferenz werde sich damit zu befassen haben. Ein weiterer wichtiger Punkt bildete die Lokalbeitragsfrage. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen und Kolleginnen und zwar fast ausnahmslos in zustimmendem Sinne. Der Antrag, ab 1. Oktober pro Mitglied und Woche 5 Pfg. Lokalbeitrag zu erheben, wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende, Kollege Bundt und Sekretär Kümmele dankten allen Mitgliedern für das schöne Resultat. Bezüglich der Freischneuerung wurde angeregt, ob es nicht möglich wäre, ähnlich wie in größeren Städten, bei uns auch einen Fischmarkt einzurichten und in Verbindung damit einen Kochkursus abzuhalten. Der Vorstand soll mit anderen Vereinen weitere Schritte tun.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Der Reichszentraler über die Anstellung von Krankenkassenbeamten. Bekanntlich traten jüngst bei der Anstellung eines Krankenkassenbeamten in Bochum nicht erwünschte und äußerst unerquickliche Momente zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zutage. Der Reichszentraler hat nun, wahrscheinlich um solchen Streifällen von vornherein die Spitze abzubreaken, am 18. Juli 1912 an die Bundesregierungen ein Rundschreiben folgenden Inhalts erlassen:

Nach §§ 349, 350 der Reichsversicherungsordnung hat das Versicherungsamt unter gewissen Voraussetzungen, wenn sich im Vorstand einer Krankenkasse die Arbeitgeber und die Versicherten über eine für die Kasse anzustellende Person nicht einigen können, seinerseits vorläufig die für die Wahrnehmung der Stelle erforderliche Person zu bestellen. Es ist die Frage zu meiner Kenntnis gebracht worden, ob das Versicherungsamt in solchem Falle zweckentsprechend verfährt, wenn es mit der vorläufigen Wahrnehmung der Stelle nicht einen unbeteiligten Dritten beauftragt, sondern einen der beiden Bewerber, deren Anstellung je eine der streitenden Gruppen im Vorstande gewünscht hatte.

Die Frage scheint mir eine nicht unerhebliche allgemeine Tragweite zu besitzen, und dieser Umstand gibt mir zu folgender Bemerkung Veranlassung.

Die Vorschrift der §§ 349, 350 a. a. O. ist in dieser Form erst durch die Reichstagskommission in den Entwurf eingefügt worden. Maßgebend für den betreffenden Vorschlag war das Bestreben, die Fälle noch weiter als im Entwurfe zu beschränken, in denen die Mehrheitsgruppe im Vorstand einen nur ihr genehmen Stellenbewerber der Minderheitsgruppe aufdrängen könne. Deshalb sollte, sofern nicht eine besonders qualifizierte Mehrheit für den einen der Bewerber gefunden würde, die vorläufige Stellenbesetzung einer an dem Streite unbeteiligten Stelle — dem Versicherungsamt — übertragen werden. Man hoffte, daß in der Regel während des so geschaffenen Provisoriums und infolge desselben eine gewisse Beruhigung bei den streitenden Vorstandsgremien eintreten und zur demnächstigen Einigung beitragen würde. Es liegt auf der Hand, daß eine solche beruhigende Wirkung weit eher erreicht werden kann, wenn die unbeteiligte Stelle eine bisher bei dem Streite gleichfalls ganz unbeteiligte Person bestellt, als wenn sie der einen Partei gerade den von ihr bekämpften Kandidaten der Gegenseite aufdrängt und dadurch in gewissem Grade bei dem Streite zugunsten dieser Gegenseite eingreift.

Im Wortlaute des Gesetzes selbst sowie auch im Kommissionsbericht ist dieser Gedanke freilich nicht ausdrücklich ausgesprochen; er ist aber bei der mündlichen Erörterung des § 350 der Reichsversicherungsordnung wiederholt und von verschiedenen Seiten geltend gemacht worden.

Hiernach halte ich es im Interesse einer friedlichen Durchführung der Krankenversicherung für sehr erwünscht, daß bei Anwendung des § 350 der Reichsversicherungsordnung in der Regel nicht auf einen der Kandidaten der Arbeitgeber- oder der Versichertengruppe zurückgegriffen werde, es sei denn, daß andere geeignete Persönlichkeiten nicht zur Verfügung standen.

Falls meine Ansicht auch dortwärts geteilt wird, stelle ich geneigter Erwägung anheim, ob es sich nicht empfiehlt, die Versicherungsämter und Oberversicherungsämter durch ein entsprechendes Rundschreiben demgemäß zu verpflichten.

**Die sächsische Gewerbeaufsicht im Jahre 1911.**

Sehr spät im Jahre und in der üblichen trockenen Form sind die Gewerbeaufsichtsberichte aus Sachsen für 1911 erschienen. Auch die Berichte der Assistentinnen über die Durchführung des Kinderjahrgesetzes, die sich sonst von den übrigen Berichten vorteilhaft abheben, erscheinen jetzt in derselben zusammengedrängten Form. In der zusammenfassenden Einleitung zu den Berichten der 5 Kreisoberaufsichtlichen wird u. a. die Beteiligung der sächsischen Gewerbeinspektion an der Internationalen Hygiene-Ausstellung 1911 hervorgehoben, die auf Veranlassung des sächsischen Ministeriums des Innern erfolgte. Durch die Gewerbeinspektion wurden eine Reihe von Ausstellungsgegenständen für den wissenschaftlichen Teil der Gruppe „Beruf und Arbeit“ besorgt, auch wirkten die Beamten von Dresden bei der Ordnung der Ausstellungsgegenstände wie auch später bei Führungen mit 63 sächsischen Arbeitern von auswärts wurde aus Staatsmitteln der Besuch der Ausstellung ermöglicht. Ueber-einstimmend wird berichtet, daß das Verhältnis der Gewerbeaufsichtsbeamten zu Unternehmern und Arbeitern gut war.

Der Gewerbeaufsicht waren 30623 Betriebe mit insgesamt 757518 Arbeitern unterstellt. Davon gelangten 18864 Betriebe (60,9 v. H.) mit 601451 Arbeitern (7,9 v. H.) zur Revision. Die Lage des Arbeitsmarktes war im allgemeinen günstig; teilweise herrschte infolge der Internationalen Hygiene-Ausstellung gesteigerte Tätigkeit, nur in Industrien, die auf Wasserkraft angewiesen sind, machte sich die außerordentliche Dürre des Jahres fühlbar geltend. Aber trotzdem die Arbeitslosigkeit gut war und auch Lohnsteigerungen erzielt wurden, war die Lage der Arbeiterklasse durch die Preissteigerungen erschwert.

Den Wünschen der Arbeiterschaft nach Verkürzung der Arbeitszeit ist vielfach Rechnung getragen worden. Namentlich wurde die gesetzliche Regelung der Frauenarbeit auch günstig auf die Regelung der Arbeitszeit für die Männer. Ein wertvolles Zeugnis für die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung gibt der Bericht einer Dresdener Robeifabrik, wo die Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich gekürzt wurde; die Maßnahme hätte die Leistungsfähigkeit nicht gemindert, im Gegenteil die Arbeiter zu größerem Fleiß und erhöhter Pünktlichkeit angeporrt und damit zu gesteigerter Lohnannahmen geführt. Die Durchsetzung des Verbots der Nachtarbeit nach Hause ist dagegen immer noch sehr erschwert, namentlich da die Arbeiterinnen selbst der Vorschrift kein Bestreben entgegenbringen und das Gesetz zu umgehen suchen.

Aus verschiedenen Bezirken wird über eine Zunahme der Heimarbeit berichtet. Einerseits ist dies darauf zurückzuführen, daß sich die Arbeitgeber dadurch den jüngeren Vorschriften des Arbeiterinnengesetzes entziehen wollten, andererseits führte aber auch der Umstand dazu, daß infolge des lebhaften Geschäftsganges die vorhandenen

Kräfte und Einrichtungen in den Fabriken nicht aus-reichend waren. Im Vogtland bewirkte die vermehrte Einrichtung elektrischer betriebener Webstühle eine Vermehrung der Hausindustrie in der Schiffschneiderei. Begünstigt durch die herrschende Mode war in der Stickerei der Geschäftsgang so lebhaft, daß großer Mangel an weiblichen Arbeitskräften war. Im Bezirk Chemnitz wird der Grund für steigende Frauen- und Kinder-Heimarbeit hauptsächlich in der Teuerung gesehen, die immer mehr Frauen und Kinder zum Mitverdienen zwingt. Von einer Art Vorarbeit für die Durchführung des Hausarbeitsgesetzes, soweit es die Nahrungsmittelbranche betrifft, wird aus Dresden berichtet; dort lassen die vereinigten Arbeitgeber der Zigarrenindustrie wie auch der Verband der Schokoladenfabrikanten ihre Heim-arbeiter durch eigens dazu angestellte Beamtinnen überwachen. Im Anhang der Gewerbeaufsichtsberichte sind die für diese Kontrolle geltenden Bestimmungen mitgeteilt, die sich hauptsächlich auf die Sauberheit der Arbeitsräume und saubere Aufbewahrung und Verarbeitung des Materials beziehen. Auch Arbeit von Kindern unter 10 Jahren wird verboten.

Aus den übrigen Mitteilungen seien erwähnt die von der Gewerbeaufsicht in Verbindung mit dem Bezirksarzt erlassenen hygienischen Anordnungen zur Verhütung der Mideflechte; es werden namentlich Einrichtungen für die persönliche Sauberkeit des Arbeiters (Waschgelegenheiten; Material zur Desinfizierung der Hände usw.) vorgeschrieben, auch müssen sich die in der Bernsteinelei beschäftigten Arbeiter einer regelmäßigen ärztlichen Kontrolle unterwerfen. Aus mehreren Bezirken werden Urlaubsbewilligungen berichtet. Der Inhaber einer Konfektionswerkstatt in Naunau gibt 3-8 Tage Urlaub unter Fortzahlung des Gehalts, stellt aber außerdem den Arbeitern als Erholungsheim neun Zimmer in einem Landhaus zur Verfügung und übernimmt einen Teil der Verpflegungskosten. „Soziale Praxis.“

**Ein Gesetzentwurf über Jugendgerichte.** Dem nächsten Deutschen Reichstag wird auch ein Gesetzentwurf über Jugendgerichte und über das Verfahren vor den Jugendgerichten zugehen. Nach dem Entwurf sollen überall, wo ein Bedürfnis dafür besteht, also namentlich in den Großstädten und Industriezentren bei den Amtsgerichten besondere Jugendgerichte eingerichtet werden. Bei der Auswahl der Schöffen zu diesen Jugendgerichten sollen besonders Personen berücksichtigt werden, die sich für Jugendberziehung und Jugendfürsorge interessieren. So könnten auch Volksschullehrer als Schöffen zugelassen werden. Vor Stellung der öffentlichen Anklage sollen künftig erst Erwägungen darüber angestellt werden, ob die Einleitung von Besserungs- und Erziehungsmaßregeln nicht zweckmäßiger ist als eine etwaige gerichtliche Verurteilung. Gewinnen die Richter in der Hauptverhandlung die Meinung, daß Erziehungsmaßregeln mehr angebracht sind als eine Verurteilung, so soll das Verfahren gegen den in Betracht kommenden Jugendlichen eingestellt werden. Gegen einen derartigen Beschluß würde der Vertreter der öffentlichen Anklage kein Aufschlagsrecht haben. Ohne Hauptverhandlung würde die Einstellung des Verfahrens nur zulässig sein, wenn der Vertreter der Staatsanwaltschaft damit einverstanden ist. Kommt es nicht zur Anklage, so sollen die Akten der Vormundschaftsbehörde zugestellt werden, die dann den Jugendlichen vernimmt und die weiteren Maßregeln ergreifen soll. In allen Fällen, in denen gegen einen Jugendlichen eine Voruntersuchung eingeleitet oder die Anklage erhoben ist, soll dem Angeklagten von Amts wegen ein Verteidiger gestellt werden. Der Verteidiger braucht kein Rechtsanwalt zu sein, sondern auch andere Personen, die dafür geeignet erscheinen, auch Frauen können dazu ausgewählt werden. Doch soll ein derartiger Vertreter von jugendlichen Angeklagten stets die Rechte eines rechtmäßigen Verteidigers haben; hierauf ist in der Hauptverhandlung vom Vorsitzenden stets hinzuweisen. Als Jugendliche steht der Entwurf alle Personen bis zu 18 Jahren an.

**Richtigstellung.**

In dem Aufsatz an unsere Mitglieder in der letzten Nummer unseres Blattes hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Es muß im zweiten Absatz dritte Zeile richtig heißen: Darum der mit allen gegen eine Stimme gefasste Beschluß, ab 1. Januar 1913 — nicht 1912. Und bei den Namen der Delegierten: Hermann Lampe, Hillegossen — nicht Lange.

**Verammlungskalender.**

- Auerst-St. Georg. 20. Okt., 5 1/2 Uhr, bei Ww. Bernhard Glaben, Generalversammlung.
- Barmen. 26. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Lokale Merzin, Parla-mentstraße 1.
- Burgwaldbühl. 20. Okt., bei Jaf. Müller, gleich nach dem Hochamt, Generalversammlung.
- Eberfeld. 19. Okt., 8 1/2 Uhr, im Lokale Hertervat, Kofsbahn.
- Esslingen. 26. Okt., 8 Uhr, bei Zimmermann-Gehweiler zu Haupt-Generalsversammlung.
- H-Stadbach-Sitten. 19. Okt., 8 Uhr, bei Alex. Schumacher.
- H-Stadbach-Sürrip. 19. Okt., 3 1/2 Uhr, bei Heinrich Paner, Hedding, außerordentliche Versammlung.
- Greifswald. 27. Okt., 11 Uhr, bei Herrn Wihl. Kempges, Generalversammlung.
- Seck i B. 20. Oktober, 4 1/2 Uhr, in Riebnorg bei Hermann Hoffmann.
- Jugendreich. 20. Okt., 5 Uhr, bei Gd. Hausener, Jugend-Generalsversammlung.
- Jäcker. Unsere angelegte Versammlung findet nicht am 20., sondern am 27. Oktober, 11 Uhr, bei Ad. Kremer statt.

- Kettweis. 19. Okt., 8 1/4 Uhr, bei Fr. Lieberts General-versammlung.
- Luckenwalde. 22. Okt., 7 1/2 Uhr, im Vereinshaus, große Versammlung.
- Rheinthalen. 27. Okt., 1/10 Uhr, bei Böcker (oben).
- Wais. 27. Okt., 7 Uhr, bei Arn. Giffissen, Quartalsverf.
- Walheim. 27. Okt., 5 1/2 Uhr, Versammlung bei August Löhr in Gahn.

**XII. Bezirk Württemberg.**

Die Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 27. Oktober in der Germania in Öppingen statt. Die Ortsgruppen werden gebeten, die notwendigen Delegiertenwahlen vorzunehmen. Die Tagesordnung wird durch Zirkular den Ortsgruppen zugesandt werden. Mit kollegialem Gruß Hermann Kammerer, Bezirksleiter.

**Adressenänderung.**

Die Geschäftsstelle des Verbandssekretariates in Bittau befindet sich jetzt äußere Weberstraße 181. Heinrich Pieler.

**Sekretariat Rheine.**

Das Sekretariat Rheine befindet sich Mühlenstraße 30 und bitte alle Schriftstücke dorthin gelangen zu lassen. Fried. Arltötter.

**Literarisches.**

„Vom Lehrmädchen zur Meisterin.“ Die wichtigsten Bestimmungen über das weibliche Lehrlingswesen, die Gesellen- und Meisterprüfung. Zusammengestellt von Rechtsanwält Alfred Diehl, wissenschaftlicher Assistent der Handwerkskammer München. Verlag: Buchhandlung des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine München 28, Pestalozzistraße 4, Preis 25 Pfg.

Das genannte Büchlein bietet für die theoretische und praktische Ausbildung der Lehrmädchen im Damenschneiderinnen- und Modistinnen-Handwerk vom Eintritt in die Lehre bis zur Ablegung der Meisterprüfung einen trefflichen Wegweiser. Es gibt in Kürze Aufklärung über die wichtigsten Bestimmungen der Handwerker-Gesetzgebung und beantwortet insbesondere die Fragen: 1. „Was haben die gesetzlichen Stellvertreter (Vater, Mutter oder Vormund) des Lehrmädchens bei dessen Eintritt in die Lehre zu beachten? 2. Welche Rechte und Pflichten bringt der schriftliche Lehrvertrag mit sich? 3. Welchen Wert haben die Gesellen- und Meisterinnenprüfung? 4. Was hat das Lehrmädchen zu tun, das die Gesellenprüfung ablegen will? 5. Was haben die Damenschneiderinnen und die Modistin zu tun, welche die Meisterinnenprüfung ablegen wollen? 6. Was wird in der Gesellen- und Meisterinnenprüfung im Damenschneiderinnen- und Modistinnengewerbe verlangt? — Für jedes Lehrmädchen im Damenschneiderinnen- und Modistinnengewerbe, dessen Eltern, sowie für jede Damenschneiderin und Modistin gibt das Büchlein viele praktische Winke. Im Anhang des Werkchens befindet sich ein Verzeichnis der sämtlichen Handwerks- und Gewerbeämtern im Deutschen Reich, ferner sind Musteranlagen behufs Eingabe um Zulassung zur Gesellen- und Meisterinnenprüfung am Schluß der Broschüre beigegeben, wodurch ihre praktische Wertbarkeit noch bedeutend erhöht wird. Möge die Broschüre dazu beitragen, daß auch das Frauenhandwerk immer mehr dazu ausgebaut wird, denen, die sich ihm widmen, einen „goldenen Boden“ zu bieten.

**Inhaltsverzeichnis.**

Artikel: Der VIII. Kongress der christl. Gewerkschaften Deutschlands. — Allgemeine Rundschau: Unehrllich wie immer! — Die richtige Antwort. — Die soziale Belastung, ein Faktor der industriellen Entwicklung. — Das ganze Deutschland soll es sein. — Der staatsbürgerliche Wert der christlichen Gewerkschaftsberziehung. — Die gelbe Arbeiterbewegung als Reaktion gegen den Radikalismus. — Aus unserer Industrie: Textilwirtschaftliche Rundschau. — Aus dem Verbandgebiete: Lohnbewegungen und Arbeits-freitigkeiten: Bühl (O.-El.). — Lüttringhausen. — Aus unseren Bezirken: Bezirkskonferenz des 6. Verbandbezirk. — Berichte aus den Ortsgruppen: GutsMuths-Graben. — Gronau. — Gausen i. Wiesentale. — Oberkirch. — Wegberg. — Zell i. Wiesentale. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Der Reichstagsler über die Anstellung von Krankentassenbeamten. — Die sächsische Gewerbeaufsicht im Jahre 1911. — Ein Gesetzentwurf über Jugendgerichte. — Richtigstellung. — Verammlungskalender. — Anzeigen. — Literarisches.